

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Betriebsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgeleitete Kolonelle ober deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Veranlassungs-Anzeigen 80 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Das verrottete System.

Man mag die Zeitungen aller Parteien noch so durchsüßern, in keiner wird man die Vermutung finden, daß der letzte Ministerwechsel andere als persönliche Gründe habe. Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen! Und wenn der Name des Herrn auch dabei nicht gerade gelobt wird, einen energischen Protest gegen dieses lächerliche System, nach dem in Deutschland die leitenden Stellen besetzt werden, wird man kaum finden. In parlamentarisch regierten Ländern ist dieser beschämende Zustand undenkbar. Dort weiß die Nation, warum ein Wechsel im Ministerium erfolgt, und kennt die neuen Männer, die zur Regierung gelangen. Bei uns ist ein Ministerwechsel stets der Abschluß eines Intrigenspiels. Selbst wenn ausnahmsweise einen Ministerpräsidenten oder Reichskanzler politische Gründe leiten, so hängt die Durchführung dessen, was er als nötig erkannte, nicht von ihm, sondern von dem Guldücken des Monarchen ab, der sich um die Vorschläge kümmern mag oder nicht, je nach seinem Gefallen. Meist aber sind politische Gründe gar nicht vorhanden. Das Gehen und Kommen der Minister ist entweder bloß eine Folge höfischer Stimmungen oder der Ausdruck des Rivalitätskampfes um die Macht, der zwischen den Ministern tobt, bald mehr, bald weniger heftig, aber nie ganz aufgehört. Mit höfischen Intrigen hat schon Bismarck selbst unter Wilhelm I. unaufhörlich zu kämpfen gehabt und unter Wilhelm II. fielen die wichtigsten politischen Entscheidungen auf dem Schlosse Liebenberg des Fürsten Philipp Eulenburg. Ist aber, weil es an dem Manne bei Hofe, der sich den nötigen Einfluß zu verschaffen versteht, gerade fehlt, in diesen Regionen etwas mehr Ruhe, so entbrennt dann um so heftiger der Kampf des momentan „berantwortlichen“ Staatsmannes, der jetzt endlich seine Macht genießen will, mit seinen Rivalen.

Dieser schmähliche Zustand ist das Besen unseres Regierungssystems, dieses angeblichen Konstitutionalismus, der allen Reaktionen so sehr ans Herz gewachsen ist. Es ist die unmittelbare Folge unserer Verfassungszustände, die jede Mitwirkung, jeden Einfluß der Volksvertretung auf die Zusammenfassung der Regierung perhorreszieren. So werden die Ernennungen zum Spiel des Zufalls und der Stimmung, und wenn dieses von Grund aus unsinnige und verderbliche System der Regierungsbildung nicht noch viel größeren Schaden anrichtet, so nur deshalb, weil das Ärgste doch durch das Parlament hintangehalten wird. Aber eben nur das Ärgste; wie weit aber bis dahin die Grenzen gesteckt sind, das müssen wir ja gerade jetzt schauernd miterleben.

Zu diesem schlimmsten Uebelstand, der Ausschaltung der Volksvertretung, der politischen Parteien und ihrer Führer bei der Bildung der Regierung gesellt sich noch ein anderer, der jede Stetigkeit in der Regierung ausschließt. Wir haben im Reich nur einen verantwortlichen Minister, den Reichskanzler. Die Staatssekretäre sind verfassungsrechtlich seine Untergebenen, die nicht selbständig handeln können. In Wirklichkeit ist der Umfang der Reichsgeschäfte längst zu groß für die Kraft eines Mannes. Seine rechtliche Stellung ist schon längst in Widerspruch mit seiner tatsächlichen Leistung. Aber sie legt die ganze Machtfülle, die das Reich zu vergeben hat, scheinbar in seine Hand. Es ist eine Stellung, die man sonst in keinem Staate der Welt mehr kennt. Doch neben dem Reich, seinem Kanzler und seinen Sekretären steht Preußen, der „führende“ Bundesstaat mit seinem Ministerium. Die Politik des preussischen Ministeriums wirkt aber bestimmend auf die Reichspolitik ein. Kein Reichsgesetz gelangt an den Bundesrat, keine wichtige Entscheidung wird gefällt, die nicht vorher die Sanction des preussischen Ministeriums erhalten hat. Der Reichskanzler scheint alle Macht zu besitzen, aber er fühlt plötzlich seine Ohnmacht, wenn er beim preussischen Ministerium auf Widerstand stößt. Um diese Reibungsmöglichkeit zu überwinden, hat man ja das Reichskanzleramt mit dem Präsidium im preussischen Ministerium verbunden. Die Machtfülle des Kanzlers erfährt dadurch ihre höchste Steigerung. Seine Stellung scheint hoch über alle anderen hinauszuragen. Nur der Monarch vermag diesem stolzen Dasein jederzeit ein plötzliches Ende zu setzen. Daher der Drang jedes Kanzlers, der eine Persönlichkeit ist, ja selbst schon eines Bethmann Hollweg, nach dem Hausmeierium, nach einer solchen Festigung seiner Stellung, daß auch der Monarch ihm nichts anhaben könne. Im preussischen Ministerium ist er jedoch Kollege unter Kollegen, ja auch seinen Staatssekretären erscheint er nur als Vorgesetzter, den sie beim nächsten Advancement selbst ersetzen könnten. Das Amt wirklich auszufüllen, Leiter der gesamten inneren und äußeren Politik des Reiches und der führenden Bundesstaaten zu sein, ist ja doch keiner in der Lage. Sicher könnten sie es ebenso gut als der Kollege, den der Zufall der kaiserlichen Stimmung an seinen Platz gerückt hat. Neben der Stellung des Kanzlers verschwindet fast ihre eigene; was natürlicher als der Wunsch, selbst die einzigartige Position zu erobern?

So entseffelt das verrotte System unserer Regierungseinrichtungen mit Notwendigkeit den Rivalitätskampf zwischen den Ministern, den kanzlerfähigen Personen. Und die Abwehr des Kanzlers kann nur sein, den anderen guborzukommen, sich von ihnen rechtzeitig zu befreien, sie aus den Ministerien zu bringen, bevor sie ihn aus dem Kanzleramt gedrängt haben. Der Kanzler sucht sich aller hervorragenderen tüchtigeren Persönlichkeiten zu entledigen. Bismarck verdrängte Miquel und Posadowsky, und Bethmann Hollweg brachte Rheinbaben zur Strecke der Bismarck solange widerstanden hatte. Er hat auch das Wort gefunden, mit dem dieses Verfahren unanständig bezeichnet werden kann; er will sachmännische Kräfte. Das heißt, politisch bedeutende Leute, die eben gefährlich werden können, müssen beseitigt werden, und Kadmmänner, die anderswo höchstens Unterstaatssekretäre oder Ministerialdirektoren werden können, in die leitenden Stellen gebracht werden. Es gilt eine Auslese der politisch Ungefährlichen.

Das beste Beispiel für diese Darlegungen bildet gerade die Entlassung Rheinbabens. Aus politischen Gründen ist sie nicht erfolgt. Herr v. Rheinbaben war sicher ein Minister nach dem Herzen der herrschenden Reaktionen, und er hat es auch oft genug verstanden, mit den National-liberalen Geschäfte zu machen. Daß er sachmännisch nicht ausreichte, könnte man als Argument gelten lassen, wenn Herr v. Bethmann ihm nicht einen Nachfolger gegeben hätte, der in dieser Hinsicht noch viel mehr Zweifel wecken muß. Herr Lenze hat sich ja im Herrenhaus in den meisten und wichtigsten Punkten mit Herrn v. Rheinbaben begeistert solidarisch erklärt. Das, worin er aber von ihm abwich, die Beurteilung der Konventionen, deren Herabsetzung des Zinsfußes für die Staatsanleihen, muß gerade die stärksten Befürchtungen für seine finanzwissenschaftliche Kapazität wecken. Herr Lenze hegt den merkwürdigen Wunsch, daß der Staat für alle Zukunft den Anleihebesitzern garantieren solle, daß der Zinsfuß nie herabgesetzt werde; er tabelte sogar, daß dies früher geschehen sei. Der neue Herr hält es also für richtig, daß der Staat seinen Gläubigern höheren Zins zahlt, als die Geldverhältnisse erzwingen. Das sind Meinungen, die ja recht nette Aussichten für die Kapitalisten eröffnen, die aber bisher wenigstens noch kein Finanzminister, der ja das Staatsinteresse wahrnehmen soll, zu proklamieren gewagt hat.

In Wirklichkeit hat eben Herr v. Rheinbaben gehen müssen, weil Herr v. Bethmann ihn fürchtete und aus keinem anderen Grunde. Er fällt als Opfer des prächtigen konstitutionellen Systems, das kein anderer bereiteter und lauter zu preisen wußte als er selbst.

Als in den Novembertagen die Sozialdemokraten unablässig darauf hinwiesen, daß es mit Versprechungen nicht getan, daß der Kampf nicht einzelnen Entgleisungen des persönlichen Regiments, sondern dem System gelten müsse, haben sie taube Ohren gefunden. Jetzt sprechen die Tatsachen eine laute Sprache. Werden sie Gehör finden?

Zweierlei ist nötig: die Befestigung der Ministerposten muß eine Sache des Parlaments werden. Wer die politische Führung der Nation innehaben will, muß das Vertrauen der Majorität der Volksvertretung besitzen. Die Zusammenfassung der Regierung muß aufgehört abzuhängen von höfischen Stimmungen und persönlichen Nachtkämpfen, sie muß das Resultat des politischen Willens des Volkes sein. Dann aber muß das überkommene, längst unhaltbare Reichskanzleramt endlich beseitigt werden. Wir brauchen Reichsminister, die sowohl für ihre politische wie für ihre fachliche Leistung dem Reichstag durch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz verantwortlich gemacht werden und nicht ein Amt, das nicht ausgefüllt werden kann und seinen Träger in Gegensatz zu allen anderen Trägern der Politik bringt.

Daß diese Forderungen notwendig, daß sie in der Richtung der Entwicklung und im Interesse des deutschen Volkes liegen, kann nicht geleugnet werden. Trotzdem werden die reaktionären Parteien ihnen erbitterten Widerstand entgegenzusetzen. Sind sie doch die Nutznießer des heutigen Systems. Sie wissen, daß, so wechselnd auch die Stimmungen und so ungewiß das Resultat der Konkurrenzkämpfe sein mögen, die Personen, die das Rennen machen, stets zu ihnen gehören. Ob sie mehr oder minder fähig sind, spielt keine Rolle, genug, daß es Junker sind oder Bureaucraten, die die Geschäfte der Junter besorgen. Den reaktionären Parteien gestattet dieses System bis zu einem gewissen Grade die Verantwortung vor dem Volke auf die Regierung abzuwälzen und selbst im Hintergrunde zu bleiben. Es ist ihr Parteivorteil, der sie zu so begeisterten Anhängern der „unparteiischen“ Regierung macht, wie sie das deutsche konstitutionelle System liefert. Sie zur Uebernahme der Verantwortung zwingen, wäre der erste gute Schritt zur Besserung, zur endgültigen Ueberwindung der Reaktion.

Wenn die Aera Bethmann Hollweg, die alle Wunden unseres Verfassungswesens offenbart so brutal wie keine vor ihr, die Erkenntnis von der Notwendigkeit fördert, Deutschland endlich in einen wirklichen Verfassungsstaat mit parlamentarischem Regierungssystem umzuwandeln, dann ist sie immerhin die schwerere Opfer wert, die sie dem deutschen Volke auferlegt.

Verurteilung der preussischen Regierung durch das Reichsgericht.

Das bereits gestern von uns mitgeteilte Urteil des Reichsgerichts über die Gesetzwidrigkeit der Drangsalierungen von Arbeiterturnvereinen durch die preussische Regierung ist von erheblicher Tragweite. Durch diese Entscheidung hat das höchste deutsche Gericht festgestellt, daß der „Vorwärts“ durchaus recht hatte, als er behauptete, der Erlass des preussischen Kultusministers und das auf demselben gegründete Vorgehen der preussischen Regierungen und des Provinzialschulkollegiums schlagen dem Gesetz ins Gesicht.

Wie ist die Sachlage? Bekanntlich hat der Kultusminister Holle durch einen von uns veröffentlichten Geheimvermerk vom 7. August 1907 die Regierungen und das Provinzialschulkollegium angewiesen, gegen die Arbeiterturnvereine vorzugehen. Er hat die ihm nachgeordneten Behörden angewiesen, eine Kabinettsorder von — 1884 und eine Ministerialinstruktion von 1889 auf die Arbeiterturnvereine, in deren jugendliche Personen umren, anzuwenden. Die Personen, welche den Turnunterricht erteilen, sollen aufgefordert werden, um Erteilung eines Erlaubnisbescheines bei gleichzeitigem Nachweis ihrer Qualifikation nachzukommen. Alsdann sollen den Personen die Erteilung des Erlaubnisbescheines verweigert werden, wenn die Zugehörigkeit der Antragsteller zur sozialdemokratischen Partei feststeht. Dementsprechend sind die Regierungen und das Provinzialschulkollegium vorgegangen und haben den Turnunterricht untersagt, auch Strafen von 100 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung angedroht und auch festgesetzt. Einige Stadtgemeinden, so der „liberale“ Berliner Magistrat und die „liberale“ Berliner Stadtverordnetenversammlung haben sogar dem Ansuchen des Provinzialschulkollegiums, den Sozialdemokraten die Turnsäle zu entziehen, stattgegeben!

Durch dies Vorgehen hofften der Kriegsminister und die Regierungen, den turnfreundlichen Nachwuchs der Arbeiterklasse in regierungsfremde Turnvereine hineinzutreiben. Das Verwaltungsverfahren gegen das rechtswidrige Vorgehen der Behörden ist unzulässig. Um die Rechtswidrigkeit dieses Vorgehens der Behörden gerichtlich festzustellen, war es notwendig, öffentlich zum Ungehorsam gegen diese Verordnungen aufzufordern. Der „Vorwärts“ legte deshalb in seiner Nummer vom 27. März vorigen Jahres in einem Artikel unter der Ueberschrift „Behördlicher Kampf gegen die Arbeiterturnvereine“ den Sachverhalt dar, betonte, aus welchen Gründen die von dem Minister angezogene Kabinettsorder und Ministerialinstruktion unanwendbar sei, legte dar, daß das Vorgehen der Behörden gesetzwidrig ist und gab eine Aufforderung der Redaktion der „Arbeiter-Turnzeitung“ an die Turnwarte und Vorturner der Arbeiterturnvereine in Preußen. Diese Aufforderung schloß mit den Worten: „Ich fordere deshalb die Turnwarte und Vorturner in den Arbeiterturnvereinen des Arbeiterturnbundes öffentlich auf, den Anordnungen der Behörden, welche die Erteilung von Turnunterricht gegen Entgelt oder die unentgeltliche Erteilung von Schulunterricht an nicht mehr schulpflichtige jugendliche Personen auf Grund der angezogenen Verordnungen verbieten, keine Folge zu leisten. Leipzig-Stötterstr. 17. Redaktion der „Arbeiter-Turnzeitung.“

Hieran war der Appell an die Staatsanwaltschaft geknüpft, wenn sie glaube, das Vorgehen der Behörden sei ein rechtmäßiges. Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen rechtmäßige Verordnungen von Behörden zu erheben, sonst aber gegen die Behörden, die solche Anordnungen erlassen haben, strafrechtlich einzuschreiten.

Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen unseren verantwortlichen Redakteur Genossen Weber und gegen den Genossen Bildung. Eine glänzende Freisprechung der beiden Missetäter durch das Landgericht Berlin am 28. Oktober 1909 war die Folge der Anklage. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Und dieselbe Staatsanwaltschaft, die am 11. September 1908 in einer ähnlich liegenden Sache für Ungültigkeit einer solchen Verordnung eingetreten war, trat am 14. Juni 1910 der Revision der Staatsanwaltschaft bei. Unsere Aufforderung, meinte sie, lasse offen, ob wir nicht auch den Unterricht an höheren Schulen im Auge gehabt haben.

Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision der Staatsanwaltschaft und bestätigte damit die Freisprechung unserer Genossen. Zur Begründung wurde ausgeführt: Der Anstift des Reichsanwalts konnte sich das Reichsgericht nicht anschließen. Der von den Angeklagten veröffentlichte Aufruf betrifft nur den Turnunterricht an jugendliche, nicht mehr schulpflichtige Personen aus dem Arbeiterstande, nicht aber auch an Schüler höherer Lehranstalten. Es wird in dem Aufruf bestritten, daß die Unterrichtsverwaltung berechtigt gewesen sei, bezüglich dieses Turnunterrichts Anweisungen zu geben und die Erteilung des Privatunterrichts an die Erlaubnis der Behörden zu knüpfen. Das Reichsgericht ist der Ansicht, daß der Turnunterricht, soweit er lehrplanmäßiger Schulunterricht ist, auch wenn er privatim erteilt wird, der Aufsicht der Schulbehörde unterliegt und daß dies nicht bloß beschränkt ist auf den Turnunterricht der schulpflichtigen Kinder,

Der neue Mann.

Herr Lenz, der bisherige Oberbürgermeister von Magdeburg und neugewählte preussische Finanzminister findet in der liberalen Presse geteilte Aufnahme. Die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ singt dem scheidenden Oberhaupt ihrer Stadt ein schmalziges Loblied, in der nationalliberalen „Köln. Ztg.“ wird die Beurteilung im Maßstabe der Entfernung von Magdeburg höher. Die fortschrittliche „Vossische Zeitung“ aber gibt folgende Charakteristik:

... Daß der Oberbürgermeister Dr. Lenz für den Liberalismus sonderlich Zeugnis abgelegt hätte, selbst für einen ganz maßvollen, ist kaum bekannt geworden. Dafür hat er sich in manchen Streifen Beliebtheit zu verdanken gewußt durch eine gewisse zur Schau getragene Harmlosigkeit und Bonhomie, und wo es galt, besonderen Eifer an den Tag zu legen und sich bemerkbar zu machen, da begegnete man leicht Herrn Dr. Lenz. Er war immer „derjenige, welcher“, immer der Mann bei der Stange, der nie ein Referat, nie ein Nebenamt ausschlug. Er gehörte auch der Immediatkommission für die Reform der inneren Verwaltung an. Er wurde auch als der berufene Nachfolger des Düsseldorf-Oberbürgermeisters Marks bezeichnet. Nur daß er Finanzminister werden könne, das haben die preussischen Oberbürgermeister schwerlich erwartet. Hohrecht bei seiner ungewöhnlichen Begabung hat dieses Amt nur kurze Zeit bekleidet; Miquel, wie man auch sonst über ihn denke, war ein finanzpolitischer Genie; Rheinbaben war jedenfalls sein glänzender Schüler. Und jetzt Dr. Lenz? Franz Ziegler hat einmal die preussischen Junker gerühmt. Sie hätten das Selbstvertrauen, wenn sie vom König kommandiert würden, jedes Amt zu übernehmen, das Kommando einer Fregatte oder die Leitung einer Sternwarte oder die Intendantur der Hoftheater. Dr. Lenz hat sich jedenfalls die preussischen Junker zum Muster genommen. Personen, die ihn kennen, versichern, daß er es ihnen nicht nur an Selbstvertrauen, sondern auch an konservativer Gesinnung gleichet, nur daß er zugleich bürokratische Reigungen zeige, schroffer, als für ein preussischer Junker oder ein preussischer Ministerialrat heute vertrete.

Beschwichtigungspulver.

Die „Germania“ hat es im Interesse des schwarz-blauen Blocks für notwendig gehalten, der Öffentlichkeit zu versichern, daß an eine neue Flottenvorlage gar nicht zu denken sei. Der Wunsch und die Meldung einiger Blätter, daß eine solche Vorlage in Aussicht stehe, dürfte nicht in Erfüllung gehen. Es müsse als ganz ausgeschlossen gelten, daß eine Militärvorlage und eine Flottenvorlage in einem Atemzuge dem Reichstag unterbreitet werden könnten. Für ein neues Flottengesetz liege auch gar keine Begründung vor, zumal da das mehrmals verbesserte vollkommen genüge. Es sei gar nicht verständlich, wie man von einer neuen Flottenvorlage sprechen könne.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ hat diese Ausführungen des Zentrumsblattes abgedruckt und bemerkt dazu: „Der durchaus zutreffenden Warnung an die deutsche Presse, die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung von einer neuen Flottenvorlage nicht weiter zu kolportieren, können wir uns nur anschließen.“

So soll die Öffentlichkeit beschwichtigt werden. Indes, wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ etwas in Abrede stellt, so pflegt es meist zuzutreffen. Immerhin mag richtig sein, daß die Regierung nicht so dumm sein wird, dem Reichstag neben einer Militärvorlage auch noch eine Flottenvorlage zuzumuten. Aber wenn der Kriegsminister seine Seeresvermehrung im Saale hat, dann wird sich der Staatssekretär der Marine wieder melden dürfen. Aber das schadet nichts — in der nächsten Session soll die neue Flottenvorlage noch nicht kommen, und also haben „Germania“ und „Nordd. Allg. Ztg.“ recht!

Das misstrauische Zentrum.

Auf dem Vertretertag der Windthorstbände zu Bochum, aus dessen Verhandlungen wir gestern die für die Strupplosigkeit der Zentrumsagitatoren bezeichnende Stelle der Wahlrechtsrede des Herrn Landtagsabgeordneten Vortischer annagelten, hat der Reichstagsabgeordnete Fürst Löwenstein eine Rede über die politische Lage gehalten. Darin kommt der folgende bemerkenswerte Passus vor:

„Wir haben die Vorgänge der letzten Monate zu dem Gedanken gebracht, der Reichskanzler wolle jeder entschiedenen politischen Aktion ausweichen, bis die kommenden Reichstagswahlen ihm für die nächsten sechs Jahre eine klare politische Grundlage geschaffen haben, eine Grundlage, die es ihm erlaubt, sich ganz rechts oder ganz links zu stellen, ohne Gefahr, das Gleichgewicht zu verlieren. Sollte diese Annahme zutreffen, sollte der Herr Reichskanzler selbst abwarten wollen, wie der Reichstag wird, dann würde auch das Zentrum doppelt vorichtig abwarten müssen, wie der Reichskanzler sich entwickelt. Daraus wäre aber auch zu entnehmen, daß der Reichskanzler den kommenden Reichstagswahlen eine für die ganze Gestaltung der inneren Politik entscheidende Bedeutung zumißt. Und damit hätte er zweifellos recht.“

Die Reichstagswahlen im Herbst 1911 werden uns einen mindestens ebenso erbitterten Wahlkampf bringen, wie die Wahlen von 1907, ihre Bedeutung wird aber größer sein. Nehmen die Wahlen den Ausgang, den die Reichswahlen dieses Jahres erwarten lassen, schleuniges Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate auf Kosten des Liberalismus, so können wir damit rechnen, die stärkste Fraktion des nächsten Reichstages in der sozialdemokratischen zu finden. Also Vorherrschaft der Sozialdemokratie im Reichstag unter treuer Gefolgschaft des Liberalismus oder Kulturkampf liberalen Stils auf der ganzen Linie, unterstützt durch die gemauertete Sozialdemokratie — das eine oder das andere wird die Signatur des kommenden Reichstages sein, wenn die vereinigte Linke die Mehrheit der Reichstagsmandate erobert.

Das Zentrum scheint also vorläufig bei Herrn v. Bethmann Hollweg noch die pupilläre Sicherheit zu vermissen. Oder tut der Fürst Löwenstein nur so, als halte er eine Abwendung des Kanzlers vom schwarz-blauen Block für möglich, um die Zentrumscharen zu künftigen Anstrengungen „für die heilige Sache“ anzuspornen? Rätig wird's das Zentrum sicherlich haben.

Das Verbrechen an den Tabakarbeitern.

Auf der Jahres-Hauptversammlung des Deutschen Tabakvereins, die dieser Tage in Aachen tagte, beschäftigte man sich nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten in eingehender Weise mit der Lage des Tabakgewerbes unter der Wirkung des neuen Tabaksteuergesetzes. Reichstagsabgeordneter Schmidt-Altenburg wies an der Hand der Ergebnisse der der Tabak-Vereinsgenossenschaft eingereichten Lohnnachweise nach, daß in den letzten vier Monaten des Jahres 1909, in denen sich ausweislich der Tabakarbeiterentschädigungszahlen des Reichsschatzamt der Rückgang in der Arbeiterbeschäftigung noch nicht einmal in dem Maße gezeigt habe, wie in 1910, die Herstellung in der Zigarrenindustrie um 11,6 Proz., in der Rauchtobak-

dessen Gegner er ist. Es habe statt, wie man hoffte, zur Befreiung von Vandalen fast überall zur Kartellierung geführt und unter Umständen heilloswertes Verwahrloset mit sich gebracht. — Auch in bezug auf die Eroberung Flanderns durch den Sozialismus habe das Proportionalwahlrecht enttäuscht. (Diese Meinung wird später von Debünne und Dornblon mit Berufung auf die Mandate von Courtrai, Gent und Antwerpen widerlegt.)

Eine zielbewusste Opposition könnte innerhalb dreier Monate die Auflösung herbeiführen. Und die Liberalen würden mitmarschieren! Aber keinen leeren Revolutionarismus der Worte!

Banderbelde will vor allem sagen, „was wir nicht tun dürfen“. ... Wir dürfen nicht bestimmen, wie Wind will, daß die Obstruktion im November unter allen Umständen einzusetzen hat! Ferner dürfen wir nicht sagen, daß ein Kampf für das allgemeine Wahlrecht unvermeidlich zum Generalstreik und zu Straßenrevolten führt. Banderbelde verweist auf die liberale Presse, die schon jetzt von Meuterei und Revolution redet. Banderbelde erinnert an die Haltung der Liberalen im Jahre 1902, wo die „liberale“ Bürgergarde zur Verteidigung der liberalen Regierung auf die Arbeiter geschossen hat. Wenn die Liberalen wollen, daß man auf die Straße steige, dann mögen sie gefälligst als erste den Anfang machen.“ — Banderbelde verteidigt dann eine Resolution der Brüsseler Föderation, die von Reysmans zum größten Teil in seiner Tagesordnung aufgenommen wurde. Banderbelde polemisiert gegen Destrée: Wir sind nicht nur bestochen durch den Proporz, wir sind auch bestochen durch das Pluralwahlrecht, durch das Datum der Wahlen und durch die Zahl der Deputierten. Und wir sollen nur für eine Revision des Proporz eintreten!

Banderbelde wendet sich hierauf gegen die Kartellpolitik, die nunmehr vielleicht auch in Charleroi und dann in Brüssel und Lüttich praktiziert werden wird und so allmählich den unabhängigen Charakter der Arbeiterbewegung verschlingen würde. (In Nivelles ist auf skandalöse Weise mit dem Gelde eines Fabrikanten die Kartellwahl des Liberalen gemacht worden und in Charleroi würde das Kartell mit den Großindustriellen geschlossen werden.)

Auf Banderbelde's Frage, ob es wahr sei, daß man in Charleroi derartige Pläne habe, antworten Anseles und Destrée, daß dies Sache der Föderation sei. (Widerpruch beim Parteitag.) Banderbelde schließt mit den Worten: die Frucht dieses Kongresses muß ein sozialistisches Arbeitsprogramm für das Parlament und das Land sein! Stärken wir die sozialistische Presse und die gewerkschaftliche Bewegung, die in Belgien durch die Krise so arg zurückgeschlagen wurde, damit wir in einer Entscheidungsschlacht gegen die Regierung die Arbeitermassen hinter uns haben. (Beifall.)

De'sinne bemerkt, daß man hier gesprochen habe, als ob es sich in Belgien nur um liberale und Antiliberale handele. — Vom Arbeiterstandpunkt haben diese Fragen nicht diese große Bedeutung, die man ihnen hier beimißt. Es ist gewiß wichtig, daß die liberale Regierung verschwinde, aber eine revolutionäre Bewegung ist das nicht wert. In allen wirtschaftlichen Fragen wird sich zeigen, daß die Liberalen und Antiliberalen einen Block gegen uns bilden. Eine neue Majorität würde ebenso gegen die Interessen der Arbeiter vorgehen. Gehen wir auch in der Wahlrechtsfrage allein! Man spricht von Recht und Gerechtigkeit! ... Es gibt nur Arbeiterinteressen gegen die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie!

In der Nachmittagsitzung erhält das Wort der blämische Deputierte von Courtrai Debünne, dessen Wiederwahl ein markanter Erfolg der letzten Wahlen war. Der junge Deputierte, ein ehemaliger Sesselarbeiter, wird mit anhaltendem Applaus begrüßt. Er spricht erst in blämischer und dann in französischer Sprache, die er erst vor wenigen Jahren erlernt hat und ganz respektabel beherrscht. Debünne setzt sich lebhaft für eine Bewegung für das allgemeine Wahlrecht ein, das der Schlüssel zu allen großen Arbeiterreformen sei. Deblarieren wir aber keine StraßenDemonstrationen, warten wir die Ereignisse ab! Wenn die Liberalen nicht mit uns marschieren, so haben wir doch alle demokratisch Denkenden des Landes für uns.

Es sprechen dann noch Abg. Reysmans, der die Situation im Sinne seiner Resolution auseinandersetzt und Abg. Hubin, der für die Destrée'sche Resolution eintritt.

Auf zeitweilig heftigen Widerspruch stößt die Rede Anseles, der die Entladung einer Volksbewegung eventuell auf 1912, bis zu den nächsten Wahlen hinauschieben will. Im übrigen spricht er für die Resolution Reysmans. Er sagt unter anderem über die Obstruktion und eine eventuelle Kammerauflösung folgendes: Eine Obstruktion, die nur auf die sozialistische Gruppe zu rechnen hätte, würde keinen Erfolg bringen. Daher müßten die Chancen genau erwogen werden, die sich aber nicht sechs Monate im Vorhinein berechnen lassen. Eine Linkslinie der Liberalen aufzudrücken, die diese nicht wollen, hieße eine Unehmigkeit herbeiführen, die auch den Erfolg bei anderen Fragen schädigen würde. — Die ganze Opposition müsse über den geeignetsten Zeitpunkt bezüglich einer Auflösung einig sein! Es ist wahrscheinlich, daß diese Auflösung erst 1912 erfolgt. (Heftiger Widerspruch beim Parteitag.) Eine Auflösung innerhalb einiger Monate könnte der Opposition nicht jene Erfolge bringen, wie eine Auflösung in zwei Jahren, auch darum, weil dann die Zahl der Abgeordnetenmandate vermehrt werden wird. Eine Obstruktion für eine geringfügige Reform wie die Revision des Proporz würde keine Popularität und keinen Enthusiasmus erwerben und keinen Erfolg bringen, wie etwa eine Obstruktion für eine große soziale Sache.

Anseles bezeichnet das Datum dieses Kongresses als das Eröffnungsdatum für eine großangelegte Kampagne für das allgemeine Wahlrecht.

Die Zeit, die wir warten, ist nicht verloren. Alle gewonnenen Zeit wird dem Kampf fürs Wahlrecht zugute kommen. Es hat nur vier Jahre bedurft, um die erste große Bewegung von 1893 vorzubereiten; es werden nur zwei Jahre notwendig sein, um die Einigkeit der Arbeiterpartei herzustellen und die liberale Regierung, das Pluralvotum und das verfallene Proportionalwahlrecht niederzuringen und das Wahlrecht zum Sieg zu führen. Anseles schlägt zum Schluß vor, daß wie vor 20 Jahren Ballonen nach Flandern kamen, um dort den Generalstreik zu verteidigen, so mögen auch heute wieder Ballonen nach Flandern und Blamen nach den waldreichen Teilen kommen und die Propaganda hintreiben; dies würde mehr als alle Ungebuld den Sieg vorbereiten.

Die Rednerliste ist erschöpft und der Vorsitzende Terwagne schreitet zur Abstimmung, vor der noch eine heftige Debatte darüber geführt wird, welcher Tagesordnung, als der radikalsten, der Vorrang gebührt. Terwagne will aber die Wahlen zuerst abstimmen lassen, Banderbelde gleichfalls, damit er sich der Verantwortung entladen und gegen die Resolution stimmen kann, die eine Obstruktion mit bestimmtem Termine vorschreibt. — De Brouckere (für die Resolution Reysmans) will erst die Abstimmung über die Resolution Charleroi, als die der gemäßigtesten. Ueber sie wird denn auch und zwar namentlich abgestimmt. Sie wird mit 202 gegen 91 Stimmen verworfen. Die Resolution Wind wird mit 100 gegen 110 Stimmen verworfen, worauf der Resolution Reysmans die Priorität zugesprochen wird. Wind zieht seine Tagesordnung unter einem Protest gegen die „Konfusion“ der Abstimmung zurück. — Banderbelde protestiert gegen die Bezeichnung „Warmebebe“, wie Wind die Tagesordnung Reysmans bezeichnet. Banderbelde verteidigt sie mit dem Hinweis, daß sie den Kampf fürs allgemeine Wahlrecht und die sozialen Reformen in den Vordergrund stellt und der alten Linkslinie der Arbeiterpartei entspricht. Auch Anseles erklärt sie als die „sozialistischeste“ Tagesordnung. Sie wird alsdann fast einstimmig angenommen. Der Kongreß, irtümlich nur für einen Tag anberaumt, wird sodann zur Erledigung der übrigen Tagesordnung auf Montag vertagt.

sondern sich auch auf den Turnunterricht bezieht, der an Schüler höherer Lehranstalten gegeben wird. Um solche handelt es sich aber hier nicht. Soweit der Turnunterricht zum Schulunterricht gehört, untersteht er der staatlichen Aufsicht und also der Ministerialinstruktion vom 10. Juni 1884 in Verbindung mit der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1889, soweit er aber nicht zum Schulunterricht gehört, kommt die Bestimmung der Gewerbeordnung auf ihn zur Anwendung. Es fehlt an gesetzlichen Bestimmungen, welche die Schulverwaltung ermächtigen, die Erteilung von Turnunterricht in Turnvereinen an nicht mehr schulpflichtige Personen von einem Erlaubnischein abhängig zu machen. Die dahin gehenden Anordnungen sind von der Schulbehörde nicht innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffen. Die Aufforderung zum Ungehorsam gegen sie ist deshalb nicht nach § 110 strafbar.

Wird nunmehr die Staatsanwaltschaft den zweiten Teil unserer Aufforderung vom 22. März 1909 befolgen und gegen die Behörden, die solche rechtswidrigen Anordnungen erlassen haben, strafrechtlich einschreiten? Wir bezweifeln das. Die Staatsanwaltschaft wird annehmen, den Beamten habe der Dolus gefehlt, auf deutsch: sie haben die Tragweite ihrer Handlungen zu übersehen nicht vermocht. Und liegt auch an Bestrafung des Beamtenhaufens nichts. Aber wir dürfen und müssen verlangen, daß die Behörden — der Kultusminister an der Spitze — um ihre rechtswidrigen Anordnungen aufheben und die rechtswidrig festgesetzten „Geldstrafen“ zurückzahlen. Auch der Berliner Magistrat und die Stadtverordneten hätten nun schleunigst ihr dem Arbeiter-Turnverein auf Veranlassung des Provinzialschulkollegiums zugesagtes Unrecht wieder weitzu machen. Der „Vorwärts“ ist auch in diesem Fall wie die Sozialdemokratie stets genötigt, die Behörden, die zur Einhaltung der Gesetze besonders verpflichtet wären, zum Verständnis und zur Einhaltung der Gesetze zu erziehen. Öffentlich werden die Schulbehörden mit dem Kultusminister an der Spitze schleunigst durch die Befolgung unserer Mahnung beweisen, daß sie eine Gesetzmäßigkeit gelernt haben.

Außerordentlicher Kongreß der belgischen Sozialdemokratie.

Brüssel, 27. Juni. (Fig. Ver.)

Kurz nach den Wahlen vom 22. Mai hat sich der Generalrat der belgischen Partei mit der außerordentlichen politischen Situation befaßt, die durch den Ausgang der Wahlen beziehungsweise durch die amtliche Feststellung der Wahlergebnisse geschaffen wurde, aus der hervorgeht, daß die liberale Regierungspartei die Minderheit der Wählerschaft vertritt.

Der Generalrat hatte sich für die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses entschieden, damit die Vertreter der Partei auf diesem über die Aufgabe der Sozialdemokratie dieser „revolutionären“ Situation gegenüber, wie über die Methoden in dem Kampfe gegen die Regierung beraten.

Der Kongreß fand am 26. und 27. Juni im Brüsseler „Maison du Peuple“ statt. Es waren 888 Gruppen mit 504 Delegierten vertreten. Den außerordentlich bewegten Debatten des ersten Verhandlungstages, denen eine dramatisch gesteigerte nomenklische Abstimmung über die entscheidende Resolution folgte, wohnten viele Zuhörer bei. Von der Bewegtheit der Diskussion über den Punkt „Politische Situation“ — oder genauer: die Frage des allgemeinen Wahlrechts und Revision des Gesetzes über den Proporz, maß schon die Tatsache eine Vorstellung geben, daß acht Tagesordnungen vorlagen, darunter als meist unstrittene die von den Deputierten Destrée und Hubin vertretene der Föderation von Charleroi, die den Kampf ums Wahlrecht vorläufig aufschob und den um die Revision des Gesetzes über den Proporz ins erste Treffen stellt und als alleiniges Ziel aufstellt; und die des Genossen Wind, die durch eine Obstruktion „mit bestimmtem Datum“, wie Banderbelde sagte, die Auflösung der Kammer herbeiführen will. Angekommen wurde, wie wir bereits telegraphisch meldeten, fast einstimmig die Resolution Reysmans, die, wie ihr Verfasser meinte, zwischen den anderen Resolutionen den richtigen Ausgleich treffe. Die Resolution stellt fest, daß die Regierung nicht mehr die durch das Pluralvotum ausgedrückte Mehrheit repräsentiert, und daß diese Situation mit Recht als „revolutionär“ bezeichnet werden kann, da sie den parlamentarischen Mechanismus läßt und einer Minorität gestattet, über eine gesetzliche Majorität zu herrschen, was den reaktionären Höchststufen des Pluralismus darstellt. Es heißt dann weiter: Der Kongreß erklärt: daß einerseits die sozialistische Mandatäre beim Kammerzusammentritt die Frage nach der Gesetzlichkeit der Aufrechterhaltung der liberalen Regierung zu stellen, eine Revision des Gesetzes über das Proportionalwahlrecht zu fordern und alle Kraft anzuwenden haben, um eine Auflösung der Kammer herbeizuführen; und andererseits, daß eine Bewegung organisiert werden solle, ähnlich jener, die der Hinterrückung des Benjaminswahlrechts vorangegangen war und alle Mittel ins Werk gesetzt werden, um diese Agitation zum Triumph zu führen. Die Resolution fordert ferner von den sozialistischen Mandatären, daß sie sich mit Energie für die Diskussion und Gotierung der sozialen Gesetze einsetzen, insbesondere für die Arbeiterpensionen, die gesetzliche Regelung der Arbeit der Erwachsenen, die Koalitionsfreiheit für die Staatsarbeiter und die Abschaffung des § 310 des Strafgesetzes. (Die Beratung dieser Gegenstände wurde für den zweiten Verhandlungstag angelegt.)

Der letzte Abhay der Resolution betont endlich, daß die auf Grund dieser Plattform geführte Propaganda das Ziel haben muß, die Klassenpolitik der Arbeiterpartei klar herauszuarbeiten und deutlich aufzuzeigen, was sie von dem Ziele und der Tätigkeit aller Bourgeoisparteien unterscheidet und trennt.

Als erster Redner spricht Genosse Hins (Zwelles), der meint, daß man mit einem bloßen Kampf für die Revision des Proporz nicht eine Volksbewegung entzünden kann. Er fordert einen energischeren Kampf für das allgemeine Wahlrecht, durch eine Volksbewegung großen Stils und parlamentarische Obstruktion. In diesem Kampf müsse man mit den Liberalen marschieren, ohne daß aber die sozialistische Autonomie Einbuße erleide.

Sollact glaubt nicht an den Triumph einer Bewegung für das allgemeine Wahlrecht und die Auflösung der Kammer. Man müsse trachten, der Kammer die notwendigen sozialen Reformen zu entreißen. „Arbeiten wir auf wirtschaftlichem Gebiet, auf dem wir augenblicklich allein Erfolge erringen können und bleiben wir auf dem Gebiete des Klassenkampfes.“

Wind hält den Zeitpunkt des Zusammentritts der Kammer für günstig, um mit einer Volksbewegung für die Auflösung einzutreten. „Wollen wir praktische Politik machen, dann müssen wir die Liberalen verhindern, zu regieren.“ Niemand würde diese Kammer ernste soziale Gesetze votieren. Wind beklagt, daß einige sozialistische Deputierte die Obstruktionsidee mit geringem Enthusiasmus aufgenommen hätten. — Der Regierung muß am ersten Tage klargemacht werden, daß sie zu gehen hat, und man darf ihr keine Ruhe gönnen, bis sie den Weg verläßt.

Destrée, der Befürworter der Resolution der Föderation von Charleroi, erklärt, daß mit dem gegenwärtigen schwindelhaften Wahlsystem nichts zu machen sei. Um aber zu einem gerechten Wahlinstrument zu gelangen, muß eine Konzentration auf diese eine Frage erfolgen. Destrée macht dann dem Proportionalwahlrecht den Prozeß,

Industrie um 6,1 Proz., in der Kantabakindustrie um 6,5 Proz. und in der Schnupftabakindustrie um 1,9 Proz. zurückgegangen ist. Durch eine Reihe von Rednern aus allen Zweigen des Tabakgewerbes und allen Bezirken der Zigarrenindustrie wurde festgestellt, daß der Absatz in noch viel stärkerem Maße abgenommen habe und daß Anzeichen einer beginnenden Besserung noch nicht zu erblicken seien. Die Ausführungen konnten dahin zusammengefaßt werden, daß der Rauchgenuß gut um den Mehrbetrag der neuen Belastung an Menge oder Güte, also an Wert abgenommen habe. Es müsse also den Verschönigungsversuchen der offiziellen Presse gegenüber festgestellt werden, daß die Vorberlage des Tabakvereins, das deutsche Volk werde nach der Steuererhöhung über die feitherige Ausgabe für den Tabakverbrauch nicht hinausgehen, in erschreckender Weise bewahrheitet worden sei.

Die Zahlen des Tabakvereins, der Unternehmerorganisation, zeigen, wie furchtbar die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern sein muß und wie wenig Aussicht auf Besserung in absehbarer Zeit. Unter der stillschweigenden Zustimmung aber der gesamten bürgerlichen Presse, auch der arbeiterfreundlichen Zentrumspresse, hat der Reichsfinanzsekretär die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter aus Reichsmitteln auf den Kustertbeetat gesetzt und will sie zum Beginn des Dezember ganz abwürgen. Und kein Finger regt sich in den bürgerlichen Parteien für die Opfer der schamlosen Steuerpolitik der Besitzenden!

Der Enzyklika-Nummel,

der der „Germania“ jetzt dazu dient, in einem zwei Spalten langen Leitartikel die katholische Volksseele zum Kochen zu bringen — sie scheint zu diesem Zwecke selbst nicht den Abdruck dummer anonymen Briefe, die ihr von protestantischen Fanatikern zugehen —, erfährt nachträglich eine bemerkenswerte Beleuchtung durch eine Meldung, die die „Frankfurter Zeitung“ von durchaus zuverlässiger Seite erhielt. Danach hätte der Großherzog von Baden die Absicht, gegen die Vorromäus-Enzyklika beim Vatikan Verwahrung einzulegen; die preussische Regierung hat es jedoch durch Einflüsse von bekannter hochstehender Seite verstanden, den Schritt zu hintertreiben. In den Kreisen des evangelischen Oberkirchenrats ist man nicht wenig verstimmt darüber, daß nur ein katholischer Fürst, der König von Sachsen, es gewagt hat, zu protestieren, während sich die evangelischen Fürsten dem Wunsche Preußens fügten und des lieben Friedens willen wieder einmal nachgaben.

Die preussischen Junker führen eben ein streng Regiment und wollen sich das Joch und Steuergeschick, das sie mit den Schwarzen gemeinsam führen, nicht durch einen Janz um tote Heilige und Reformatoren verderben lassen. Etwas Entrüstung über die Leistung Pius X. mühten sie von wegen der evangelischen Pastoren produzieren und zulassen; ihre größte Sorge aber ist, daß darin Maß gehalten werde!

Das Schiffsabgabengesetz fertig.

In der Mittwochsitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben in der von den Ausschüssen beschlossenen Fassung die Zustimmung erteilt.

Die sozialdemokratischen Siege in Frankfurt a. M.

Zu der schon gestern telegraphisch gemeldeten Eroberung von vier Mandaten bei den Stadtverordnetenwahlen der elf am 1. April in Frankfurt eingemeindeten Vororte wird noch berichtet: Die Sozialdemokratie hat 3293 Stimmen, das Zentrum 370, Nationalliberale 386 und Fortschrittliche Volkspartei 1719. Von ungefähr 6000 abgegebenen Stimmen haben wir mehr als die Hälfte erhalten. Die Stichwahl wird am 15. Juli stattfinden, zwei Mandate dürften ganz sicher noch zu holen sein. In Eschenheim fehlte dem Genossen Redakteur Wendel nur eine Stimme an der Mehrheit, in dem andern Bezirk war unser Kandidat nur um 12 Stimmen von der Mehrheit entfernt.

Die Langhammer-Affäre.

Vorstand und Ausschuss des Nationalliberalen Vereins in Chemnitz haben beschlossen, das Verhalten des Abg. Langhammer in der „Diag“-Affäre als nicht einwandfrei anzusehen.

Es heißt in dem Bericht: Die Kommission macht Herrn Abg. Langhammer seinen Vorwurf daraus, daß er, obgleich er Vorsitzender und Vertrauensmann einer Gegenorganisation war, seine Fabrik an die „Diag“ möglichst vorteilhaft verkaufte.

Sie ist jedoch der Meinung, daß er noch am Tage des Verkaufs, abschließend schriftlich oder telegraphisch dem Verein, dessen Vorsitzender er war, offiziell die Niederlegung seines Amtes hätte anzeigen sollen.

Herr Langhammer hat aber als Vorsitzender und Vertrauensmann seines Vereins, der „Diag“, wenn auch auf deren Veranlassung, einen Vertrag angeboten, in dem er sich verpflichtete:

„vom Tage des Abschlusses des Vertrages ab im Interesse der „Diag“ propagandistisch tätig zu sein und nach Kräften alles zu tun, was der „Diag“ nützlich und förderlich sein könnte und die namhaftesten Firmen seines bisherigen Verbandes für die gegnerische Organisation, die „Diag“, zu gewinnen.

Für diese seine Tätigkeit, einschließlich der künstlerischen Uebersetzung der Ruzer-Karten, hat er sich ferner vom 1. Juni 1909 ab eine jährliche hohe Summe auf eine Reihe von Jahren als Vergütung ausbedungen.

Weiter hat Herr Langhammer die Vorstands- und Mitgliederversammlung seines Vereins nach Abgabe seiner Offerte unter teilweise nicht zutreffenden Vorwänden verzögert und dadurch eine rechtzeitige Stellungnahme seines Vereins zu den Versuchen der „Diag“, die namhaftesten Mitglieder des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten für sich zu gewinnen, in Frage gestellt. — In dieser Danksagungsweise erblickt die Kommission einen Vertrauensbruch.

Derselben Ansicht, fährt die Kommission fort, seien übrigens auch die Mitglieder des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten gewesen, denn sie haben Herrn Langhammer am 8. Februar 1909 aus ihrem Verein ausgeschlossen.

Langhammer veröffentlichte eine Erklärung, in der er diesen Beschluß als teilweise unrichtig und als rücksichtslos bezeichnet. Der Beschluß sei nur dadurch zustande gekommen, daß mehrere Dutzend aus dem Vorstande und Ausschuss ausgetreten und durch seine Gegner ersetzt worden seien.

Diese Erklärung wird Herr Langhammer nicht mehr viel helfen. Sein politisches Sterbendünkeln naht. Der Antrag auf Ausschluß des Herrn aus dem sächsischen nationalliberalen Landesverein ist gestellt.

Wie das Agrariertum begünstigt wird.

Die Lage der kleinen und mittleren Städte Preußens ist keine beneidenswerte. Sie müssen wohl hohe Kreisabgaben entrichten und daher hohe Steuern erheben, haben aber in den Kreisverwaltungen so gut wie nichts zu sagen. Auf dem Ostpreussischen Städtetage sind diese Zustände, die lediglich eine Begünstigung des platten Landes bedeuten, erörtert worden. Es ist hier gesagt worden, daß die finanzielle Lage der Städte sich verschlechtert und die Bedeutung der Städte bei den bestehenden Verhältnissen langsam

zurückgeht. Die Anzahl der städtischen Vertreter im Kreisstage betrage in fast allen ostpreussischen Kreistagen weniger als ein Drittel. Und doch seien es vielfach gerade die Städte, die die Hauptlast der Kreissteuern zu tragen hätten.

Besonders standhaft ist die Bevorzugung des Agrariertums auf dem Gebiete des Steuerwesens. Während in den Städten die Gebäude- und Grundsteuern mit der Erhöhung des Ertrages der Grundstücke stetig gesteigert werden, ist auf dem Lande der für die Besteuerung angenommene Grundsteuerertrag seit 50 Jahren derselbe geblieben, unbefähigert um die Wertsteigerung des Grund und Bodens. Wie sehr aber die Güterpreise infolge der agrarischen Schutzpolitik gestiegen sind, ist allgemein bekannt. So wurde erst dieser Tage wieder bekannt, daß ein ostpreussischer Gutbesitzer für sein Viehstall, das er vor 5 Jahren für 470 000 M. kaufte, 700 000 M. erhalten hat. Und trotz dieser Wertsteigerung wird nicht ein Pfennig mehr Grundsteuer entrichtet.

Ein Gutbesitzer erklärte auf dem Städtetage, eine Neueranlage zur Grundsteuer auf dem Lande würde einem Akt der Gerechtigkeit entsprechen. Sie würde aber zweifellos mit großen Kosten und vielen Schwierigkeiten verbunden sein, und darum zögere wohl auch die Regierung immer noch, an diese Sachen heranzugehen. Ein anderer Redner meinte, die Städte mühten prinzipiell ihre Aufsehung aus den Landkreisen fordern. Notwendig sei eine Neueranlage der Grundsteuer und eine Aenderung des Verfahrens bei der Einkommensteuerveranlagung auf dem Lande. Der notwendigste Schritt dazu sei aber, daß diese Veranlagungen aus den Händen der Landräte genommen und besonderen Kommissionen übertragen werden.

Oesterreich.

Die slowenische Obstruktion.

Wien, 28. Juni. Die heutige Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses, auf deren Tagesordnung die Beratung der Vorlage über die italienische Rechtsakustik stand, wurde durch eine zehnstündige Rede des Slowenen Sin-car ausgefüllt, welcher schließlich fünfundsiebzig Änderungsanträge über den Standort der Fakultät stellte.

Schweiz.

Sessionschluss.

Bern, 27. Juni. (Sig. Ber.) Die Bundesversammlung hat sich nach dreiwöchiger Dauer ihrer Session wieder bis zum 24. Oktober vertagt. Das letzte Geschäft von Bedeutung war die sozialdemokratische Interpellation im Nationalrat über die Umtriebe der politischen Polizei. Der Bundesrat ließ durch seinen Vertreter Forrer alle ihre Schandthaten verteidigen und he ermuntern, ihr schmähliches und die Republik entehrendes Handwerk fortzusetzen. Es ist der Niedergang der alten demokratischen Republik, die Unterordnung aller Ideologie und Ideale der Bourgeoisie unter ihre Klasseninteressen, denen in letzter Linie auch die politische Polizei dienen muß, die dazu geführt haben, diese schandbare Institution zu einer der „ehrenwerten“ Einrichtungen des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaates zu machen.

Ein Seitenstück dazu bildet die Inkompetenzklärung desselben Nationalrates zur Behandlung und Erledigung der Petition der Arbeiter der eidgenössischen Militärverwaltungen um Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen, die seit langer Zeit verschleppt und nun auf so schwindelhafte Weise durch Uebergang zur Tagesordnung zurückschieben wurde. Annehmen wollte er sie nicht gegen die Opposition der Schlotjunger, die mit allen Mitteln die Vorsehrung der Arbeiter in den Staatsbetrieben hintertreiben und glatt ablehnen wollte er sie aus parteipolitischen Gründen nicht, um die Arbeiter nicht zu brüskieren, und so ist er auf den Trümmern der Inkompetenzklärung verfallen. Derselbe Nationalrat hat sich aber gegenüber den maßlosesten Forderungen der Agrarier und der Industriemagnaten noch nie als inkompetent erklärt. Würde die Masse der schweizerischen Arbeiter sich nicht aus politischen Gründen zusammenschließen, so würde sie jede Gelegenheit benützen, um der arbeiterfeindlichen Nationalratsmehrheit zur Inkompetenzklärung auch noch die Impotenzklärung auszustellen. So aber können sich die kapitalistischen Geldsackpolitiker derartige Schindludereien ungestraft mit der Arbeiterschaft erlauben.

Frankreich.

Das Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 28. Juni. Deputiertenkammer. Dem Führer der Radikalsozialisten Verteaux antwortete Ministerpräsident Briand. Er betonte sich darüber, daß man seine Worte, die keinen Tadel gegen die Majorität enthalten sollten, falsch ausgelegt habe. Briand erinnerte dann daran, daß er vor den Wahlen die Republikaner aufgefordert habe, zum Kampfe zu gehen, um die Laienschule zu verteidigen. Ferner erinnerte er an die Kämpfe für die Republik, die er Seite an Seite mit Verteaux ausgefochten habe zu einer Zeit, wo man sich mehr Diebe als Lorbeeren holen konnte. Der Ministerpräsident hat schließlich um das Vertrauen der Kammer nicht nur hinsichtlich seines Programms, sondern auch hinsichtlich seiner Person und seines Amtes, daß er nur eine von der Linken gebildete Mehrheit annehmen werde. (Beifall.) Hierauf wurde die Priorität für eine von den Sozialisten eingebrachte Tagesordnung, die eine Erklärung der sozialistischen Grundsätze enthält, mit 458 gegen 80 Stimmen abgelehnt, nachdem der Ministerpräsident sich gegen die Priorität ausgesprochen und die Vertrauensfrage gestellt hatte. Darauf erklärte Verteaux, daß die Sozialistisch-Radikalen, beruhigt durch die letzten Ausführungen des Ministerpräsidenten, für die Tagesordnung Hesse stimmen würden. Anhand erklärte, die Progressisten würden den ihrer Ansicht nicht entsprechenden Teil der Tagesordnung Hesse ablehnen, aber für die ganze Tagesordnung stimmen. Hierauf wurde der erste Teil der Tagesordnung Hesse bis zu den Worten, daß die Kammer zur Regierung Vertrauen hat, mit 404 gegen 121 Stimmen angenommen und mit 375 gegen 92 Stimmen der zweite Teil, der besagt, daß die Kammer das Vertrauen zur Regierung hat, daß sie das Reformwerk der drei letzten Legislaturperioden fortsetzen wird, um die Politik der Laienherrschaft durchzuführen, ablehnt. Schließlich die Einkommensteuer zur Annahme des Schritts zu Ende zu führen. Endlich wurde unter Ablehnung jedes weiteren Zusatzes die ganze Tagesordnung Hesse mit 403 gegen 110 Stimmen angenommen. Nachdem der Finanzminister dann noch das Budget eingebracht hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Opposition.

Paris, 29. Juni. Die Minderheit von 121 Deputierten, welche bei der Abstimmung der Kammer über den ersten Teil der Tagesordnung der Regierung das Vertrauen verweigerte, setzte sich aus 74 geeinigten Sozialisten, 4 unabhängigen Sozialisten, 8 Sozialistisch-Radikalen und 35 Mitgliedern der Rechten zusammen. Die radikalen Blätter sprechen ihre lebhafteste Bekämpfung über den Sieg der Regierung aus. Die konservativen und nationalistischen Organe verhöhnen die Anhänger von Combe, weil sie sich trotz ihres Widerstandes gezwungen gesehen hätten, dem Ministerium Gefolgschaft zu leisten.

Spanien.

Die religiöse Frage.

Madrid, 28. Juni. Senat. Im Laufe der Beratung über die Antwort auf die Thronrede versicherte Ministerpräsident Cano-

lejas, bei der Demission des Kabinetts Moret sei die Krone vollkommen korrekt verfahren. Canalejas erklärte weiter, er sei entschlossen, die religiöse Frage auf geradem Wege und energisch zu lösen und sein Programm durchzuführen, so wie es, was es wolle, und er habe keine Verpflichtung übernommen außer gegenüber dem König, dem Vaterlande und der Mehrheit des Parlamentes.

Ein Bombenattentat.

Barcelona, 28. Juni. Heute wurde auf einem öffentlichen Wege eine Bombe gefunden. Während sie von Polizisten auf einem ungeführten Wagen hinweggeschafft wurde, erfolgte die Explosion. Zwei Municipalgardisten, die das Pferd führten, wurden eine Strecke fortgeschleudert und schwer verwundet; ein Artillerist sowie ein Polizeibeamter wurden gleichfalls verletzt; ein Vorübergehender, der ebenfalls verwundet wurde, ist gestorben.

Die Opfer.

Barcelona, 29. Juni. Der Wagen, auf welchem die Bombe transportiert wurde, wurde vollständig zerschossen. Die Explosion, welche in einem sehr belebten Stadtviertel erfolgte, rief unter der Bevölkerung eine unbeschreibliche Panik hervor. Die Opfer sind ausschließlich Soldaten und Mannschaften der Schießgesellschaft sowie Wachmannschaften. Diese waren damit beauftragt worden, die Bombe zu entfernen und sie nach dem Artilleriedepot zu bringen. Im Artilleriepark sollte sie von sachkundiger Hand zur Explosion gebracht werden. Bis jetzt ist noch keine Verhaftung vorgenommen worden. Es fehlt auch jede Spur der Attentäter. Das Attentat hat in der ganzen Stadt tiefe Entrüstung hervorgerufen, trotzdem fanden die venetianischen Nachforschlichkeiten ohne jeglichen Zwischenfall statt.

Dänemark.

Beseitigung der Kalenderzensur.

Kopenhagen, 27. Juni. (Sig. Ber.) Obwohl durch die Verfassung von 1849 und 1866 die Zensur in Dänemark aufgehoben ist und nicht wieder eingeführt werden darf, ist sie in den letzten Jahren gegen eine Druckschrift, den Arbeiteralmanach, ausgeübt worden und zwar von der Universität Kopenhagen auf Grund eines alten Gesetzes, wonach alle Kalender mit einem Stempel der Universität versehen sein müssen. Die Zensur wurde nur gegen die politischen Kalenderartikel geltend gemacht und sie mühten der Universität vor dem Abdruck vorgelegt werden. Da jener von der sozialdemokratischen Partei herausgegebene Almanach der einzige ist, der politische Artikel bringt, war auch er der einzige Kalender, der der Zensur unterworfen wurde. Kürzlich hat jedoch der Parteivorstand St. August mit dem Kultusminister über die Beseitigung dieser Zensur konferiert, und jetzt gibt der Minister, nachdem er mit der Universität darüber verhandelt hat, bekannt, daß jede vorherige Prüfung der Dinge, die in einem Kalender erscheinen sollen, nicht mehr stattfinden soll. Damit ist wieder einmal ein Stück mittelalterlichen Joches beseitigt.

Rußland.

Eine Spionageaffäre.

Petersburg, 29. Juni. Kürzlich wurde hier der Baron Ungern-Sternberg, der Vertreter des offiziellen österreichischen Telegraphenbureaus und der Londoner „Daily Mail“ unter dem Verdacht des Verrats militärischer Geheimnisse plötzlich verhaftet. Es wird gegen den Baron, der russischer Unterthan ist, die Anklage wegen Hochverrats erhoben werden. Die „Kowoje Wremja“ behauptet, Ungern-Sternberg habe bereits gestanden, an die österreichische Volkspartei militärischer Natur geliefert zu haben. Jedoch habe sich darunter nach seiner Uebersetzung nichts Unerlaubtes befunden. Drei russische Offiziere, die angeblich in seine Affäre verwickelt sind, hat man bereits verhaftet. Es heißt, daß auch die Festnahme eines englischen Korrespondenten wegen Weisheit bevorsteht.

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur.

Eine Kreisgeneralversammlung für den gesamten Wahlkreis Hirschberg-Schönau, die am Sonntag in Cunerdorf tagte und äußerst zahlreich besucht war, stellte als Reichstagskandidaten für die nächste Wahl einstimmig den Redakteur und Stadtverordneten Rob. Albert in Breslau wieder auf. Die Versammelten beschloßen ferner, in eine besondere Agitation zur Ausnützung der gegenwärtigen günstigen Situation einzutreten. Unsere Partei erhielt in diesem Kreise, für den Albert seit 1906 kandidiert, bei der letzten Wahl 8000 Stimmen, denen 6000 freisinnige und 4000 konservative gegenüberstanden.

Ein Parteisekretariat für den Wahlkreis Kassel.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Kassel-Kellungen hielt am Sonntag in Kassel eine außerordentliche Generalversammlung ab. Den größeren Teil der Verhandlungen nahmen die Erörterungen über den Antrag des Vorstandes auf Einrichtung eines Parteisekretariats für den Wahlkreis ein; der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Begründung wurde bekanntgegeben, daß der Verein trotz der anhaltenden Krise im laufenden Geschäftsjahre seine Mitgliederzahl um mindestens fünfhundert gesteigert hat, so daß am 1. Juli mit einem Mitgliederstand von 3500 zu rechnen ist. Das Interesse der Frauen an Organisationswesen ist wesentlich erhöht worden durch Agitationsstouren verschiedener Genossinnen. Am 1. Juli tritt der bereits auf der Generalversammlung des vorigen Jahres beschlossene Wochenbeitrag von 10 Pf. in Kraft.

Dritter sozialdemokratischer Kommunaltag der Schweiz.

Am 2. und 3. Juli 1910 findet in Winterthur der dritte sozialdemokratische Kommunaltag statt, dessen Programm den Besuch der städtischen Anstalten und Waldungen sowie Referate über die kommunale Milchversorgung und die kommunale Arbeitslosenfürsorge vorsieht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die beleidigte Königsberger Justiz.

Wegen Beleidigung der Königsberger Richter wurde Genosse Schiller von der „Breslauer Volkswacht“ zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um den bekannten Bericht über ein Königsberger Urteil gegen einen von einem Polizisten aus Labiau mißhandelten Arbeiter. Derselbe Bericht hatte in Königlich die Verurteilung des Genossen Grösch-Predden zu 8 Monaten Gefängnis zur Folge. Allerdings hatte der Breslauer Staatsanwalt auch 4 Monate beantragt.

Zu 300 M. Geldstrafe wurde Genosse Steinbüchel von der „Essener Arbeiterzeitung“ verurteilt, weil er den Pfarrer des Nachbarortes durch eine Notiz beleidigt haben sollte.

Verbotener Umzug.

Die Harburger Parteileitung hatte um Genehmigung zu einem am Tage des Kreisparteitages geplanten Festzug nachgesucht. Der Polizeidirektor verbot ihn, weil der Verkehr in den verhältnismäßig engen Straßen erheblich gefährdet und eine solche Kundgebung auch geeignet sei, auf weite Kreise der Bevölkerung beunruhigend zu wirken. In Harburg haben mehrere Wahlrechtsdemonstrationen stattgefunden, ohne daß die Polizei den geringsten Anlaß zum Einschreiten gehabt hätte.

Allgemeiner Fürsorge-Erziehungstag.

Gestern gingen die Verhandlungen des Allgemeinen Fürsorgetages in Hofstod zu Ende.

Von den auf der Tagung noch behandelten Gegenständen sind zwei hervorzuheben.

Der Direktor der Jülichower Anstalt, Pastor Fritz Jahn, sprach über:

Beschäftigungs- und Gesellschaftsspiele als wichtige Erziehungsmittel in Anstalten, Kolonien und Familien.

Er führte aus: Im Spielen zeigt sich das Kind, wie es ist, und die Eltern und Erzieher können hier am besten seine Eigenart erkennen.

Das andere Verhandlungsthema bildete:

Die Behandlung der schwer erziehbaren Fürsorgezöglinge.

Am ersten Tage sprach Direktor Dr. A. Luge-Potsdam, der die Frage vom psychiatrischen Standpunkte aus beleuchtete.

Als Ort für die nächste Tagung wurde Dresden gewählt.

Bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend gingen ferner für die ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands ein:

Unterkommission Weissenau auf folgende Listen: 5228 4.80, 5236 5.00, 5235 6.00, Duellabrit von Ost 5234 7.45, 5231 4.60, 5277 5.00, Tischlerei König 5290 7.50, 5229 4.35, 5292 5.55, 5241 Arbeiter-Verband 'Verein, 'Solidarität' 4.00, Talling Apparatebau 5254 15.00, 5251 Pfeiferer, 3. Rate 5.15, 5248 Magnet 22.55, 5247 Behr, Hutformfabrik 13.50, 5219 Jiel, Abweg-Berke 7.50, 5239 Schütz u. Co., Wäschereifabrik 10.50, 5289 Jachtelle 46 des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 9.70, 242 Wüders 30.00, Summa 178.15, 10928 Tischlerei Wolfhard u. Wolfshmidt, 5. Rate 15.80, 9847 Klempner bei Panter u. Bode 10.50, Kollegen bei Engel 11.00, Ridel, Reemde u. Lehmann, 6. Rate 12.60, Klempner bei Stolzenberg, 4. Rate 6.00, Verband der Leiharbeiter, Berlin I auf folgende Listen: 7165 Lederfabrik Degermann 5.70, Handschuhfabrik: 7167 Laich u. Sohn 4.85, 7168 Gebr. Grund 6.25, 7169 Lengler 2.75, 7170 Bollmann 5.20, 7171 Heusermann 4.00, 7175 Samter 1.75, Lederfabrik: Karplus und Herzberger 10111 13.40, 10112 9.90, 10113 4.15, 10114 22.65, 10115 Schmarzmann 3.05, 10116 Schneider 8.55, 7173 Hegemann 4.80, Summa 96.40, 465 Tischlerei Carman 9.05, 336, 337 Tischlerei Rietel u. Rimmer 27.25, 241 Tischlerei Hofmann 6.40, 461 Tischlerei M. u. B. Berndt 34.40, 10033 Tischlerei Köhling, 5. Rate 18.20, Tischlerei Romab u. Bremer 4.70, 10957 Tischlerei Haake 9.05, 441 Möbelfabrik Janja 8.90, Kolonie Jägerthal 4.75, 66, 67, 68, 69 Untertomm, Oberschöneweide 46.88, 5881, 5882, 5885, 5886, 5910, 5922, 5929, 5942, 5943, 5949, 5968, 5971, 5972, 5973, 5974, 5975 Unterkommission Spandau 123.40, 10942 Tischlerei U. Vöhlte, 7. Rate 7.40, Verband der Schmiede, Bern, Berlin auf folgende Listen: 510 1.20, 518 Höhe 3.80, 521 Neues Anatomist, Oberpreze 36.75, 524 Anordbrenne 22.65, 525 Gadowel, Wäslentz, 9.65, 535 Kollegen von Löhlin u. Co. 27.60, 538 Daimler 15.20, 541 Bismilches Brauhaus 5.60, 545 Vahenhofer II 10.10, 6723 Hermann 18.40, 6735 Panzer, Wit. Krüger 27.75, Schwarzloppf, Sageringstraße: 6737 32.80, 6742 21.55, 6739 Vahenhofer I 18.25, 6740 Siepen, Auto-Reparatur, 15.90, Summa 256.50, Unterkommission Weissenau auf folgende Listen: Scherbel, 4. Rate 2257 21.50, 5258 13.50, 5259 Dorn 17.05, 5260 Schönlheimer, Wäschereifabrik 12.85, 5261 Magnet, Wäslentzfabrik 21.75, 5263 Talling, Wst. Apparatebau, 5. Rate 13.30, 5264 Carbone, Lichtelektrizität, 2. Rate 18.50, Kräker, Gummiwarenfabrik 5265 13.00, 5266 6.80, 5269 Talling, Wst. Matrizenbau 6.75, Summa 145.00, 10927 Tischlerei Lay 5.20, Verband der Buchbinder, Bern, Berlin, 4. Rate 500.00, Transportarbeiter-Verband, Bern, Groß-Berlin auf folgende Listen: Handschuhfabrik der Firma L. Plegner 8.80, Sparverein 'Dollersbräuer OH' 11.95, 627 Listen gesammelt: 608 Telephonwerke Stod, Zeughofstraße 12.95, 627 Victoria-Brauerei durch Rosenfeld 9.35, Tischlerei Bräuer, Wäslentzstraße 70: 632 7.65, 639 8.10, 661 Kollegen d. Deutschen (Wdson) Kfzmann-

voller Beschäftigung und Arbeit das vornehmste Mittel zur Herbeiführung von Besserung und Heilung. Sämtliche mit der Behandlung und Erziehung der Fürsorgezöglinge betrauten Anstalten, von der reinen Schul- und Erziehungsanstalt an bis zur Irrenanstalt hin, müssen dahin streben, die Zöglinge, und zwar gerade auch die defekten und abnormen, für die Erziehung und Weiterbildung in einer geeigneten Familie vorzubereiten, um sie auf diesem natürlich gegebenen Wege der Welt und der eigenen Freiheit wieder zuzuführen.

Die Frage nach der Behandlung der schwer erziehbaren älteren Fürsorgezöglinge ist eine besonders wichtige, weil auf diesem Gebiet der Fürsorgeerziehung die meisten Mißstände und Mißerfolge zutage getreten sind. Die schwer erziehbaren Fürsorgezöglinge sind zwar darin gleich, daß sie fast ausnahmslos vorbestraft und mehrfach rückfällig geworden sind. Aber dennoch lassen sich unter ihnen drei Gruppen feststellen: die sexuell Verwahrlosten, die kriminell Verwahrlosten und die geistig Minderwertigen.

Als Ort für die nächste Tagung wurde Dresden gewählt.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend gingen ferner für die ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands ein: Unterkommission Weissenau auf folgende Listen: 5228 4.80, 5236 5.00, 5235 6.00, Duellabrit von Ost 5234 7.45, 5231 4.60, 5277 5.00, Tischlerei König 5290 7.50, 5229 4.35, 5292 5.55, 5241 Arbeiter-Verband 'Verein, 'Solidarität' 4.00, Talling Apparatebau 5254 15.00, 5251 Pfeiferer, 3. Rate 5.15, 5248 Magnet 22.55, 5247 Behr, Hutformfabrik 13.50, 5219 Jiel, Abweg-Berke 7.50, 5239 Schütz u. Co., Wäschereifabrik 10.50, 5289 Jachtelle 46 des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 9.70, 242 Wüders 30.00, Summa 178.15, 10928 Tischlerei Wolfhard u. Wolfshmidt, 5. Rate 15.80, 9847 Klempner bei Panter u. Bode 10.50, Kollegen bei Engel 11.00, Ridel, Reemde u. Lehmann, 6. Rate 12.60, Klempner bei Stolzenberg, 4. Rate 6.00, Verband der Leiharbeiter, Berlin I auf folgende Listen: 7165 Lederfabrik Degermann 5.70, Handschuhfabrik: 7167 Laich u. Sohn 4.85, 7168 Gebr. Grund 6.25, 7169 Lengler 2.75, 7170 Bollmann 5.20, 7171 Heusermann 4.00, 7175 Samter 1.75, Lederfabrik: Karplus und Herzberger 10111 13.40, 10112 9.90, 10113 4.15, 10114 22.65, 10115 Schmarzmann 3.05, 10116 Schneider 8.55, 7173 Hegemann 4.80, Summa 96.40, 465 Tischlerei Carman 9.05, 336, 337 Tischlerei Rietel u. Rimmer 27.25, 241 Tischlerei Hofmann 6.40, 461 Tischlerei M. u. B. Berndt 34.40, 10033 Tischlerei Köhling, 5. Rate 18.20, Tischlerei Romab u. Bremer 4.70, 10957 Tischlerei Haake 9.05, 441 Möbelfabrik Janja 8.90, Kolonie Jägerthal 4.75, 66, 67, 68, 69 Untertomm, Oberschöneweide 46.88, 5881, 5882, 5885, 5886, 5910, 5922, 5929, 5942, 5943, 5949, 5968, 5971, 5972, 5973, 5974, 5975 Unterkommission Spandau 123.40, 10942 Tischlerei U. Vöhlte, 7. Rate 7.40, Verband der Schmiede, Bern, Berlin auf folgende Listen: 510 1.20, 518 Höhe 3.80, 521 Neues Anatomist, Oberpreze 36.75, 524 Anordbrenne 22.65, 525 Gadowel, Wäslentz, 9.65, 535 Kollegen von Löhlin u. Co. 27.60, 538 Daimler 15.20, 541 Bismilches Brauhaus 5.60, 545 Vahenhofer II 10.10, 6723 Hermann 18.40, 6735 Panzer, Wit. Krüger 27.75, Schwarzloppf, Sageringstraße: 6737 32.80, 6742 21.55, 6739 Vahenhofer I 18.25, 6740 Siepen, Auto-Reparatur, 15.90, Summa 256.50, Unterkommission Weissenau auf folgende Listen: Scherbel, 4. Rate 2257 21.50, 5258 13.50, 5259 Dorn 17.05, 5260 Schönlheimer, Wäschereifabrik 12.85, 5261 Magnet, Wäslentzfabrik 21.75, 5263 Talling, Wst. Apparatebau, 5. Rate 13.30, 5264 Carbone, Lichtelektrizität, 2. Rate 18.50, Kräker, Gummiwarenfabrik 5265 13.00, 5266 6.80, 5269 Talling, Wst. Matrizenbau 6.75, Summa 145.00, 10927 Tischlerei Lay 5.20, Verband der Buchbinder, Bern, Berlin, 4. Rate 500.00, Transportarbeiter-Verband, Bern, Groß-Berlin auf folgende Listen: Handschuhfabrik der Firma L. Plegner 8.80, Sparverein 'Dollersbräuer OH' 11.95, 627 Listen gesammelt: 608 Telephonwerke Stod, Zeughofstraße 12.95, 627 Victoria-Brauerei durch Rosenfeld 9.35, Tischlerei Bräuer, Wäslentzstraße 70: 632 7.65, 639 8.10, 661 Kollegen d. Deutschen (Wdson) Kfzmann-

Comp. 20.55, 674 Personal von H. R. Waagen 16.10, Tischlereifabrik, an den Hölzchen gefasst durch einen Dreifachschrauber im 6. Bahnhofsstr. 3. Rate: 707 11.75, 716 5.60, 720 7.90, 723 6.50, 728 13.75, 729 6.35, 760 Tischlereifabrikpersonal von Vahenhofer NO. 7.90, Die organisierten Arbeiter von Felix Lande (Wäslentzstr.): 779 10.85, 800 7.20, 805 7.00, 816 Kraftwagenfabrik 16.25, Kraftdreifachschrauber: 820 22.05, 821 8.50, 853 8.50, 866 7.85, 872 4.15, 874 10.45, Diener von Stud. Verpog: 877 3.70, 878 7.95, 879 Konsumverein Siemens u. Halske durch Reimann 4.65, 880 Wäslentzfabrik Ernst Krüger, 2. Rate 5.20, 882 Transportarbeiter von Wäslentz 9.65, 891 Wäslentzfabrik, Bodenarbeiter, Eisenbahn u. Begleiter von Damp u. Co. (Wäslentzstr.) 30.00, 893 Brauerei (Krotenjan durch Eggert 14.35, Transportarbeiter der Bergbauerei: 652 6.15, 792 0.70, 5441, 5444, 5448, 5456, 5457 Verband der Steinleger, Bern, Berlin 23.00, 2987 Wäslentzfabrik 1.25, 5957 Verleiherinnen Ruffers Raffereifabrik (Spanbau) 3.80, Sparverein Rein Geld 5.00, Vergolder: 498 A. Berkmeier 13.10, 1907 Stolpe 6.25, 1908 Röhre u. Stein, Stadt 7.90, 1909 Raabe 9.35, 1913 Reumann u. Hennig 7.10, 1917 Raifschmidt 2.80, 1918 Schmidt (Wäslentzstr.) 3.90, 1919 Rühli u. Amberg 7.35, 1906 Boltmann u. Reimer 4.90, Treppengängerfabrik C. Böller 3.50, 10215 Schlosser im Lot-Angeiz, 7.60, Handschuhfabrik bei Kofenthal, 2. Rate 5.00, Maler bei Rauple 10.00, 1951 Wolf u. Co. 3.65, H. R. J. 6.02, 6024 Kolb, bei Jolob 7.20, Kistenmacher bei Ocker 5.00, 157, 188 5.75, 10958 Wäslentzfabrik, Bremen u. Co., 5. Rate 7.50, 4087 8.15, 213 Buchbinder u. Hilfspersonal der 'Wilhelma' 8.20, 166 8.80, 10955 Pianofabrik Steiner 4.50, 145, 148, Begleit 146a, 2. Rate 5.70, 7274, 7275 4.00, 10962 Tischlerei Bumar 11.55, 9882 Rahmenmacher bei Spiegle 11.20, 3512 5.75, 738 Wäslentz 8.70, 412, 413, 404, Begleit, 4. Rate 9.00, 1494 Tischlerei Jelder u. Wäslentz 4.15, 126 3.00, Berlin d. Berliner Buchbinder u. Schriftsetzer 2500.00, 9892 Stodarbeiter bei Quast 8.45, 9876 Stodarbeiter bei Gumbold 5.70, 9885 Stodarbeiter bei Selig, John 5.60, 5655 Hasnach-Spanbau 8.50, Medenhauer u. Reichert 7.55, 1869 Tischlerei Kuegelgesellschaft 19.40, Verband der Glasarbeiter, Bernalt, Berlin I, auf folgende Listen: 7157 Gebr. Wäslentz 9.90, 7495 Körner u. Co. 9.50, 7524 Werner 4.55, 7519, 7527, 7530 Riederberg 19.25, 7525 Radiologie 12.30, 7529 3.50, 9886 Rahmenmacher Siemens 5.65, Wäslentz 4.00, 6433, 6459 Photographen 9.05, Verband der Gutmacher, Bern, Berlin, 5. Rate 15.00, 10994 Tischlerei Danke u. Räder 14.25, 1770 Vergolder bei Lundershausen 6.65, Tischlerei Berolina, 4. Rate 9.90, Tischlerei 'Komet' 10.00, 2986 Humboldt-Röhre 6.00, Möbelpolierer bei Ring 8.00, 6603 6.20, 6559 4.20, Verband d. Buchbinder, Bern, Berlin 500.00, 6583 Tischlerei Schön, 3. Rate 10.30, Wäslentz, d. Schriftsetzer, Berlin 66.25, Geschäftsführer d. 788A Bes. 6. Str. 26., 402 Tischlerei Lerche, Bern u. Co. 5.90, Verein der Gehängestellten 7221, 7229, 7231, 7232, 7233, 7234, 7235, 7239, 7241, 7242, 7244, 7248 26.30, Gläs- u. Zementbranche 8591, 6612 20.20, 1373 Handlungsgesellen 14.95, Verband der Tapezierer, Bernalt, Berlin, auf folgende Listen: 1407 Pascal 10.50, 1408 Schöppler 2.05, 1410 Paulat 10.10, 1412 Kullmann 3.35, 1413 Röhre 5.50, 1416 Rüd 2.80, 1417 Keller 9.50, 1420 Grah 3.50, 1421 Barnick 4.70, 1420 Mann 10.05, 1447 Tischlerischen 4.75, 1449 Schüt 3.20, 1452 Böcher u. Weber 15.20, 1458 Hedemann 7.20, 1465 Riede 2.50, 1469 Wäslentz 5.90, 1477 Rüd 4.35, 1491 Hübnerpfeiler 23.90, 5943 Geier u. Deller 8.40, 1450 Wäslentz 3.20, 1455 Equit 5.00, 1468 Treidel 16.35, 5359 Smoboda 5.50, 5360 Berliner Ledermaschinenfabrik 8.75, 5361 Jakob u. Braunisch 6.80, 5367 Kranz 7.00, 5378 Keding 4.50, 5379 D. Schmidt 6.00, 5380 Rader 9.85, 5400 Giermann 1.05, 5404 Simon, 4. Rate 12.95, 5405 Ried 14.50, 5407 Dunsch 5.15, 5408 Rahn, 3. Rate 15.00, 5412 Reiner u. Reimann 2.00, 5413 Klotow u. Reimer 10.00, 5415 Dittmar 12.10, 5417 Wörte 2.50, 5418 Berliner Schmödel, 50.00, 5421 Berthold Hoffmann u. Helrich 3.50, Summa 284.85, 10932 Tischlerei E. Barth, 4. Rate 8.50, 72, 73 2.40, 10913 Pianofabrik Wäslentz 5.50, Verband der Porzellanarbeiter, Bern, Berlin, aus der Kofalla 100.00, und auf Listen 5741-5744 11.90, Zentralverband der Händler und Hausierer, Bern, Berlin 20.00, Gewerkschaftlicher Verein der Maurer Berlin, 5. Rate 25.00, Tischlerei Diebold, 4. Rate 7.50, Tischlerei S. Wäslentz, 5. Rate 11.10, Wäslentz der Brauerei Wäslentz 7.00, H. J. Reichenau 5.00, H. Ede, Damenberg a. C. 9.90, Wäslentz, Bern, Berlin 10.00, Kistenmacher bei H. Hartung 10.00, 4814 Handwerker Gastwirt Maxtenhof 7.70, Tabakarbeiter in Dahme 40.00, Verband der Porzellanarbeiter, Rahlstedt Teltow 20.00, Paul Riere 4.50, Güntler bei Wäslentz 3.50, Tischlerei bei Ernede 2.80, Durch Otto Schühler 4.30, Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, H. Vorlig: Rech. Bericht 4533 14.70, 4534 16.05, 4535 11.10, 4536 40.00, 4537 10.05, 4538 35.55, 4539 6.25, 4540 8.50, 4541 10.45, 4542 34.10, 4543 29.80, 4544 16.35, 4545 13.80, 4546 10.00, Wäslentz, Bau 4547 20.00, 4548 31.75, 4549 8.50, Refektschmiede 4550 19.25, 4551 7.05, 4552 2.75, 4553 9.20, 4554 11.80, 4555 7.65, 4556 14.05, 4557 5.10, 4558 26.80, 4559 10.80, Lokomotiv-Rent, 4560 15.90, 4561 22.20, 4562 15.00, 4563 18.25, 4564 23.95, Rech. Bericht, Dobler 4565 10.05, 4566 Kupferfabrik 23.30, 4567 Werkzeugbau 25.15, 4568 Modellfabrik 13.05, 4569 Röhrenformer 11.05, 4570 Metallgießerei 14.20, 4571 Gießerei 7.80, Tischlerei I 4572 10.55, 4573 13.80, Hammerwerke 4574 7.20, 4575 17.00, 4576 3.90, 4577 9.20, 4578 6.75, 4579 15.35, 4580 Schraubendreher 26.00, 4581 Reparaturschlosser 12.70, 4582 Blecherei Germania 31.15, H. C. G. Völsch, 4. Rate: 3907 Ried 21.70, 3911 Riedemann 18.00, 3923 Krause 30.75, 3925 Schmittau 11.25, 3927 Scharnow 14.00, 3946 Ried 18.30, 3947 Spiegel 8.05, Raminati 3968 12.05, 3977 15.95, 3983 Rg. Bf. I 3.50, 3985 Dichtonau 4.85, 3986 Hildebrand 12.25, 3987 Bornemann 19.60, 3995 Ried 10.00, 4007 Riedemann 9.55, 4008 Riedler 13.70, 4009 Seefeld 33.70, 4013 Röhre 15.20, 4024 Ried 19.80, 4027 Scholz 8.50, 4028 Scholz 13.90, 4031 Röhre 19.75, 4038 Ried 13.35, 4041 Ried 17.85, 4045 Röhre 22.50, 4046 Ried 28.50, 4051 Pöhlmann 13.25,

Kleines feuilleton.

Arbeiterbesuche auf der Brüsseler Weltausstellung. Aus Brüssel wird uns geschrieben: Unter den tausenden und tausenden Müßiggängern, die tagtäglich auf der Weltausstellung herumbummeln und Amusements suchen, tauchen zuweilen Arbeiterkolonnen auf, die ein „künstliches“ Gesicht ansetzt hat, auf ein paar Stunden den glänzenden Fremder Völkern, den Glanz und Luxus der Ausstellung anzustarren. Vorigen Sonntag hatte die englische Firma Walker Leber aus Port Sunlight 1800 Arbeiter ihrer Etablissements auf ihre Kosten nach der Brüsseler Weltausstellung geschickt. Diesen Sonntag waren es 4000 Vergarbeiter, die aus dem Vorkriegs, aus dem blühenden Kohlenrevier usw. nach Brüssel kamen, um für einen Tag der Weltausstellung einen Besuch zu machen. Belgien zählt 130000 Vergarbeiter - 4000 von ihnen hat das glückliche Los getroffen, von der Gesellschaft der Grubemillionäre für einen Tag dem grauen Dunst ihrer Kohlenheimat, dem Alltag entzogen zu werden. Es waren aber nicht 4000 beliebige Kohlenarbeiter, sondern solche, die durch eine bestimmte Anzahl der Jahre, die sie in den Gruben gearbeitet haben, oder durch irgendeine Rettungstat in den Bergwerken eine Dekoration erworben hatten. Der Tag Weltausstellung war so eine Belohnung für Greise und Gelben der Grube. Wahrscheinlich, der Kapitalismus weiß großartig zu lohnen!

Die Automobilbuchhandlung. Längst hat das Automobil aufgehört, nur ein Mittel zur Personenbeförderung zu sein. Vielmehr wird es immer mehr auch dazu benutzt, ebenso wie Menschen auch Waren und Dinge herumreisen zu lassen. Obst- und Gemüseverkäufer benutzen hier und da kleine Automobile, die so eingerichtet sind, daß die eine Seitenwand sich herunterklappen läßt und damit ein offener Verkaufstand hergerichtet wird. In England hat man Automobile als wandelnde Sparasseln eingerichtet. Jetzt werden dort auch Buchhandlungen im Automobil geschaffen werden. Soeben werden drei Automobile fertiggestellt, die durch Herunterklappen einer Seitenwand und der Rückwand in eine Buchhandlung verwandelt werden können. Mit den Buchhandlungsautomobilen wird es möglich sein, weit über Land zu fahren und keine Städte und Dörfer zu besuchen, in die bisher nur die Kolporteurs drangen. Es ist hauptsächlich beabsichtigt, die Automobile von London aus nach Walspool, Scarborough und anderen englischen Badorten laufen zu lassen, wo die

fahrenden Buchhandlungen während des Sommers sicherlich ein reiches Absatzfeld finden werden. Jedes der Buchhandlungsautomobile soll 20 Pferdestärken erhalten und instand sein, eine Ladung von 2 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 16 Kilometer die Stunde zu befördern. Der Preis eines solchen Automobils stellt sich auf 12000 M. Man erwartet aber, daß es sich gut bezahlt machen wird, obwohl es eine verhältnismäßig starke Bedienung braucht. Rechnet man doch damit, daß nicht weniger als drei Männer dauernd auf jedem dieser Automobile stationiert sein müssen: der Chauffeur, der Buchhändler und ein Geselle.

Gasquellen. Im Badeort Waagen bei Mediasch (Siebenbürgen) sind schon seit längerer Zeit Ausströmungen brennbarer Gase aus dem Erdboden beobachtet worden. Man hat dort zwar noch keine Vohrungen vorgenommen, aber seit einigen Jahren wird ein Teil des Gases gesaft und zur Beleuchtung verwendet.

Wie nun die „Geogr. Zeitschr.“ mitteilt, ist die bereits seit dem Jahre 1907 bei Aris-Sarmás in Siebenbürgen entdeckte Gasquelle inzwischen als ganz besonders ergiebig befunden worden. Aus einem Sumpfe strömen dort brennbare Kohlenwasserstoffgase, und da man Petroleum zu finden vermutete, so ließ der Staat Vohrungen vornehmen. Bei 20 Meter Tiefe strömte das Gas schon recht kräftig, bei 200 Metern ward der Gasdruck so stark, daß faustdicke Gesteinstrimmer mitgerissen wurden. Durch einen Funken von der Dampfmaschine entzündete sich das Gas, und der große Vohrtrump brannte nieder. Nur mit Mühe setzte man die Arbeit fort, mußte sie aber am 22. April 1910 gänzlich einstellen, da aus nunmehr 302 Meter Tiefe das Gas mit derartiger Kraft strömte, daß der in der Nähe liegende Eisenbahntrübe in Gefahr geriet. Hernach entströmte das Gas einem 6 Meter über die Erdoberfläche ragenden Rohre mit solcher Gewalt, daß auf die Rohöffnung geworfene Holzbreiter zersplittert wurden. Das Saufen ist mehrere Kilometer weit zu hören. Wie Prof. Pfeiffer von der technischen Hochschule zu Budapest festgestellt hat, handelt es sich um Methangas von geradem idealer Reinheit, und zwar entströmen der Quelle zwei Kubikmeter in der Sekunde; der Druck beträgt mehr als 100 Atmosphären. Eine wissenschaftliche Kommission ungarischer und ausländischer Fachmänner glaubt, daß der Druck zwar abnehmen, daß die Gasquelle aber nicht versiegen wird. Die ungarische Regierung will zur Ausnutzung der Kraftquelle eine große elektrische Zentrale errichten.

Humor und Satire. Grausige Enthüllungen. Im Wahlkreis Friedberg-Wüdingen wurde vor der Stichwahl von bauernbändlerischer Seite bekanntlich ein Extrablatt folgenden Inhalts verbreitet: „In dem Zimmer des Friedberger Gasthauses, in welchem der Raubmörder vor der Tat übernachtet hatte, wurde ein Brief von der Redaktion des 'Wahren Jacob'“, des bekannten sozialdemokratischen Wochenblattes, vorgefunden.“ Da noch einige Wahlen vor der Tür stehen, stellen wir den

vereinigten Segnern gern noch einige weitere Notizen zu Extrablattzwecken zur Verfügung:

Der lange vergeblich gesuchte, in Preußen zuständige vielfache Mörder und Einbrecher Sternickel wäre kürzlich bei einem Absteher nach Tübingen beinahe von dem dortigen Gendarmen Spägle gefast worden. Aber in dem Moment, als der wadere Schwäbe Hand an ihn legte, färgte der Verbrecher den findigen Beamten vermittelst eines wuchtigen Stoßes vor die Brust und entpang durch ein leiber offenes Parterrefenster mit dem höhnischen Ausruf: „Du wärfst mir grade der wahre Jakob!“ - Der Titel des bekannten sozialdemokratischen Stuttgarter Wäslentz, symbolisch in einem solchen Moment auf den berufenen Vertreter der Staatsgewalt angewandt, beweist im Zusammenhang mit dem bewirkten Umsturz Spägles klar, daß Sternickel als aktives Mitglied der noch immer nicht hinlänglich durch Ausnahmegefesse gefesselten Unfurtpartei angehört, die somit moralisch in vollem Umfange für seine Untaten verantwortlich ist.

Hofrichter Sozialdemokrat! Diese Meldung, die uns von zuverlässiger Seite aus Wien zugeht, wird nicht verlesen, in ganz Deutschland berechtigte Sensation zu erregen und patriotische Wähler ein für allemal abzuschrecken, ihre Stimme einem sozialdemokratischen Kandidaten zu geben. Als nämlich nach Verständigung des Kriegsgeschichtsbüros der berückichtigte, zu zwanjg Jahren schweren Kerkers verdamnte Giftmörder abgeführt werden sollte, hätte er in ohnmächtiger Wut beide Hände und Füße, und schließlich auch den bereitstehenden Gefängniswärter sich lehrend, ingrinnig zwischen den Zähnen hervor: „Vorwärts!“ - Es bedarf keiner Erklärung, daß mit diesem bedeutungsamen Worte nur das Berliner sozialdemokratische Zentralorgan gleichen Namens gemeint sein kann, dessen Titel dem jetzt mit Recht degradierten Oberleutnant so in Reich und Wut übergegangen ist, daß er ihn selbst bei der unpassendsten Gelegenheit, wie hier, verräterisch den Lippen entfließen läßt. Des nunmehrigen Justizhändlers Abschneide Lat dürfte ausschließlich auf die Verleihen dieses roten Schandblatts zurückzuführen sein.

Notizen. Messerung im Befinden Schiaparellis. Im Befinden des Astronomen Schiaparelli ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Politische Bilderzensur. Die Direktion des Münchener Glaspalastes hat den polnischen Maler Fabianski aus Krakau aufgefordert, sein seit dem 1. Juni in der Ausstellung hängendes Bild „Aus dem Reiche des Jaren“ sofort zu entfernen, weil das Gemälde politisch-tendenziösen Inhalt habe. Die Maßnahme ist erfolgt auf Einspruch der russischen Diplomatie. Das Bild stellt das Pogrom in Kiew im Jahre 1905 dar. Die ausstellenden Maler beabsichtigen, gegen die Maßregelung, die eine unerhörte Kriecherei vor dem Blutzug ist, zu protestieren.

4902 Handrol 15,65. 4965 Kamlnick 10,80. 4967 Ruffel 15,30. 4970
Reife 6,45. 4981 Engelmann 9,75. 4982 Stommel 24,50. 4985 Bierly
13,60. H. E. G., 5. Rate 3005 Lichte 6,75. 3076 Schmarow 10,--. 3963
Hiedel 2,60. 3990 Seber 18,--. 3992 Lehmann 14,80. 4910 Riehr 17,80.
4915 Seidel 22,25. 4916 Krull 11,45. 4917 Schumann 21,55. 4918
Schneider 19,--. 4921 Schmitt 9,75. 4922 Kraft 10,25. 4923 Jaiten-
berg 15,55. 4930 Seber 22,40. 4933 Schmarow 30,85. 4935 Lent 13,50.
4961 Schmidt 47,25. 4962 Schmidt 16,20. 4963 Schmidt 12,75. 4964
Seber 8,10. 4966 Riehr 7,90. 4969 Seber 7,65. 4975 Seigalbau 31,15.
4979 Kistner 10,20. 4986 Winkler 18,60. 4997 Belle 15,20. Rabeler
Lederfabr 3021 12,90. 3022 9,80. 3027 5,50. 3071 20,55. 3072 30,50.
3097 8,20. 3098 8,60. 9650 15,05. 9655 20,70. 3100 8,80. 4411
20,90. 4415 16,50. 4426 14,65. 4427 9,45. 4428 8,10. 4429
16,05. 4431 16,75. 4432 14,85. 4446 24,50. Schmarowtopf,
2982 4403 15,50. 4404 12,40. 4405 23,10. 4406 10,50. 4407 25,25.
Wilo Ober-Schneidwerk 3097 24,25. 4412 20,75. 4418 8,70. 4433 21,75.
4434 30,25. 4435 27,55. 4436 16,--. 4437 47,--. Deutsche Wille-
werke 4416 20,75. 4417 21,25. 4418 15,--. 4419 15,40. 4420 13,70. 4421 5,70.
4422 15,60. 4423 12,70. 4424 16,85. 4429 20,50. 9650 16,95. Brauer
3094 10,05. 4401 9,--. 4402 28,40. H. E. G., Schlegelstraße, 3654 Wien
20,85. 3668 Jäger 7,75. 3669 Schulz 19,50. 9212 Jäger 24,80. 9213
Schulz 14,10. 9214 Rant 9,50. 9215 Klein 8,25. 9216 Eder 10,50.
9217 Klein 11,05. 9218 Jäger 10,90. 9220 Klein 41,50. 9221 26,--.
9278 Riehr 26,90. 3815 Stot u. Co., Rarierdorf 2,60. 4226 Boh
u. Stange 10,85. 4486 Brandt u. Co. 18,50. 4587 H. Rot West 7,25.
4589 Danneberg u. Co. 11,20. Geyon 4596 4,85. 4601 11,20. 4600 Knorr
Brenne 24,50. Wink 4767 8,20. 4771 17,30. 4776 7,45. 4777 6,70.
4779 17,05. 4780 11,65. 4781 11,20. 9410 11,35. 9411 15,10. 9415 11,85.
9416 12,80. 9417 16,30. 9418 14,50. 9419 11,60. Franke 4784 4,40. 4787
6,20. 8992 7,50. 8993 8,80. Deutsche Wollen- und Wollwäberei
8954 Weich 23,90. 8991 Riehr u. Straße 41,15. 8990 Maschinen-Gewehr
21,50. 8999 Christen 25,70. 8902 Urban 20,95. 8909 Hennig 24,--.
8990 Weichselnente Beuststraße 56-63, 5. Bahnh., Best 603a 13,70.
Arbeiter u. Arbeiterinnen Telefon-W., 5. R. 8955 7,50. 8977 1,30. 8978
11,45. 9350 13,50. 9351 6,90. 9352 10,45. 9353 4,60. 9354 7,50. 9355
7,95. 9356 10,20. 9357 2,70. 9358 15,05. 9359 3,65. 9360 8,10. 9361
12,15. 9362 12,75. 9363 14,55. Geyon-Werte 8460 30,15. do. (Seber-
Kasse) 10,--. 8519 durch Riehr 18,--. Steffen u. Riehr 8525 13,--. 8526
4,45. 8527 6,20. 8540 Seber-W., 6. u. 9. St., 14,40. 8543 Seber u. Herp-
mann 9,40. Siemens Maschinen 8544 10,20. 9377 15,50. 8651 Riehr-
F. Wäckerling 10,--. Geyon, 3. R., Dreher 9,45. 8662 do. Riehr-Bau
12,--. 8770 Schulz 14,50. 8845 Braun u. Wolf 10,15. 8925 R. Schneider
10,55. 8970 Riehr 4,--. Riehr u. Riehrmann 8733 11,55. 8734 7,65.
8735 10,75. 8736 8,45. 8737 8,75. 8738 5,15. 8739 2,20. 8740 5,90.
8741 8,90. 8742 2,--. Riehr u. Co., 2. R. 8926 6,80. 8927 9,25. 8928
18,90. 8929 9,40. 8930 7,85. 8931 12,50. 8932 9,15. 8933 11,75. 8934
3,80. 8935 7,65. 8991 Schmarow u. Schulz 15,50. 9224 H. Strjman
u. Co. 6,--. Seigal 9225 23,80. 9226 10,85. 9227 16,80. 9228 Dampfer
6,90. 9229 Wink 3. R. 5,25. 9228 Schleier u. Riehr v. D., 6. R. 9. R.
12,15. 9232 Geyon-Wäckerling, König 5. R. 11,75. Seber Riehr u. G., 13,--.
9233 2,10. 9234 19,05. 9235 Seber, 1. dr., 11,75. 9236 11,75. 9237 11,75.
W. u. Geyon (von der Riehrstraße) 7,45. 9238 2,25. 10288 13,--. 10289
2,95. 10290 3,80. 10291 8,25. 10292 12,80. 10293 6,15. 10294 10,--.
10295 3,--. 10296 11,60. 10297 9,60. 10298 3,50. 10299 4,70. 10300
6,60. 9981 Berg 10,25. 9982 Schroder, 2. Rate 3,50. 9983 Jemlin,
3. Rate 4,25. 9984 Rod u. Wein 7,25. 9401 Riehr u. Co. 13,--. 9409
Schroder 6,75. 9429 Geyon, Riehr-Str., 22,--. 9445 König, Riehr
u. Co. 21,50. 9479 Abrahamson, 2. Rate 20,50. 9481 Deutsches Met-
Waren-Werk, 4. Rate 8,90. 9488 Schöning 13,80. 9499 Riehr u. Riehr
13,60. 9608 Geyon 22,--. 9616 Reumann u. Riehr 25,95. 9927 Seber,
Reumann u. Co. 28,05. 9932 Regel 16,75. 9647 Geyon 7,--. 9918
Deutsches Met-Waren-Werk, 4. R. 29,--. 9935 Riehr 5,50. R. B. R. Schulz
4. Rate 9542 24,40. 9543 24,85. 9544 17,85. 9545 5,80. 9546 7,60.
9536 Geyon 7,50. 9647 Brauer, Riehrstraße, 6. Rate 27,85. 9538
Geyon 14,10. 9841 Duffe, 3. Rate 5,75. 9850 Riehr, Wäckerling
46,75. Seber, 3. Rate 10121 10,50. 10122 16,50. 10164 Spil u. Co., Riehr-
Kasse 50,--. 10186 Geyon 34,70. 10222 H. E. G., Riehrstr. 10,55.
10227 Schroder 7,50. 10250 Seber, 4. Rate 5,50. 10267 Reumann,
2. Rate 6,--. 10282 Simon, 5. Rate 9,50. 10272 Stelmer 14,90. 10277
Wäckerling von Riehr, 5. Rate 13,--. 10307 Wink, Schulz 6,50. 10308
Reber 23,95. 10314 Geyon 12,--. Typograph, 3. Rate 10317
20,50. 10318 18,40. 10319 17,50. 10320 20,75. 10323 Geyon,
6. Rate 28,--. 10325 Reber 28,90. 10368 Reber 7,60. 10372
Schöning u. Riehr 12,10. 10373 D. W. Riehr, 7. R. 6,45. 10375 Riehr 4,50.
R. Schulz 10399 18,75. 10370 9,25. 10371 12,20. 10400 R. Reber
u. Co. 17,35. 10402 Riehr 18,80. 10403 Sommerfeld 17,30. 10404
Kont. Reumann-Geyon, 5. Rate 14,05. 10421 Wäckerling-Lomp, 11,60.
10419 Deutsche Wäckerling-Geyon, 5. R. Seber, Riehr, Geyon 11, 10472
4. Rate 15,40. 10474 Geyon 10,70. 10475 Dreher 21,15. 10476
Reber, Dreher 8,50. 10477 Geyon 12,55. 10478 Schleier 8,50. 10479
Reumann, 7. Rate 15,15. 10480 D. W. Riehr 5,50. Geyon u. Schöning,
6. Rate 10481 7,25. 10482 20,95. 10483 20,05. 10486 Reumann 1,25.
10508 Riehr u. Reumann 32,15. 10522 Boh u. Wäckerling 5,85. 10526
Wäckerling 16,05. 10527 Hugo Hartmann 9,85. 10530 Wäckerling
2,65. 10531 Wink 10,15. 10544 Seber 13,45. 10611 Reber 23,20. Riehr,
von Geyon 3,--. Geyon, Reumann, 8745 4,75. 8754 11,55. 8763 18,50.
8768 8,25. 9450 12,--. 9451 22,50. 9452 5,75. 9453 5,--. 9454 10,45.
9455 6,75. 9456 13,50. 9457 6,25. 9458 14,55. 9459 10,60. 9460
5,70. 9461 40,50. 9462 12,05. 9463 5,05. 9464 29,50. 9465 32,45.
9466 10,45. 9467 13,50. 9468 14,50. 9469 3,--. Reumann von
Geyon 6,40. Durch G. Geyon 2,--. Summa 5640,45. --
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, 16. Rate, ge-
ammelt von den freigestellten Arbeitern u. Arbeiterinnen der H. E. G.,
Wäckerling: 3847 8,80. 3889 9,80. 4816 6,95. 4817 14,70. 4819 26,95.
4822 11,25. 4824 32,10. 4825 15,30. 4828 7,40. 4838 15,85. 4839 44,70.
4840 21,--. 4841 5,25. 4842 18,50. 4843 3,70. 4844 16,50. 4845 12,65.
4846 10,10. 4847 14,05. 4848 9,--. 4849 20,--. 4855 33,20. 4857 26,25.
4858 17,45. 4859 6,50. 4860 29,40. 4861 13,95. 4862 11,80. 4863 18,30.
4864 18,75. 4865 32,90. 4866 21,--. 4867 34,15. 4868 17,05. 4869 29,10.
4870 19,50. 4871 7,90. 4872 47,65. 4874 27,60. 4875 12,70. 4876 23,15.
4877 46,10. 4878 25,80. 4879 17,75. 4880 9,05. 4882 32,65. 4883 39,15.
4884 29,55. 4885 11,25. 4886 5,--. 4888 27,55. 4889 5,90. 4890 10,60.
4897 8,25. 4898 8,80. 4900 13,90. 9751 14,75. 9761 13,30. 9768 3,90. 9769
5,78. 9776 10,25. 9777 16,75. 9778 16,25. 9780 10,10. 9781 24,50. 4856 13,95.
Tabelle: 8872 23,50. 8886 6,30. 8888 21,50. 8892 51,--. 8903 19,65.
8906 32,50. 8907 38,--. 8908 24,50. 9554 56,50. 9555 94,50. 9556 37,--.
9557 19,05. 9558 33,75. 9559 16,45. 9560 22,--. 9561 43,--. 9562 16,50.
9563 46,--. 9564 22,--. 9565 43,60. 9566 39,25. 9567 34,85. 9568 43,15.
9569 23,55. 9570 27,--. 9571 19,70. 9572 14,30. 9573 22,--. 9574 14,10.
9575 16,65. 9576 9,40. 9579 23,50. 9581 29,50. 9582 19,15. 9583 28,55.
9584 22,15. 9585 22,--. 9586 10,50. 9587 54,75. 9588 20,--. 9589 17,35.
9590 31,25. 9591 16,--. 9592 63,--. 9593 17,--. 9594 19,50. 9595 48,05.
9597 Heberich der Riehrstraße, Wäckerling, Riehr 7,45. 3700 König u. Bauer
10,50. 3720 durch Reumann 9,40. Wäckerling Riehr, Riehr 4010 11,65.
4012 12,15. 4014 8,70. 4015 10,35. 4016 7,--. 4017 19,20. 4018 9,10.
4098 Reumann u. Co. 19,35. Reumann-Wäckerling 4906 20,95. 4818 5,00. 8940
9,--. 8944 9,70. 9372 5,55. 8078 Riehr u. Geyon 3,70. 8168 Duffe
9,85. 8465 Seber u. Co. 22,55. 8555 Seber u. Schulz 5,--. 8556 Wäckerling 3,25.
Reber, Riehr 8517 Schmarow-Reber 9,--. 10193 Reumann 12,85.
10196 Riehr 14,45. 10198 Reumann 9,45. 10197 Schleier 12,25.
8557 Riehr 29,--. 8559 Reumann 10,30. 8563 Duffe (Reber-
Wäckerling) 6,55. 8575 Reber 21,40. 8579 Reumann u. Co. 14,50. 8596
Reber u. Riehr 7,50. 8606 Reumann 22,75. 8598 D. Schulz, 2. Rate 10,70.
8608 Reber, Riehr 16,90. 8971 Reumann u. Geyon, 3. Rate 7,75.
9154 Riehr 12,50. 9274 durch Reber 9,55. Gladenbe 9276 28,45. 9277
20,05. 9278 3,50. 9290 Reumann 4,05. 9291 Reumann 12,85.
9292 Reumann 13,90. 9814 Reber u. Riehr 6,50. 9824 Schulz, Reumann 10,--.
9825 R. Schulz, Reumann 10,50. 9829 Reumann 19,85. Reumann,
Wäckerling 9843 14,25. 9844 4,40. 9407 Reber u. Reumann 3,60.
9425 Reumann 16,--. 9427 Reumann-Wäckerling, Reumann 6,80. 9439 Reber
u. Reumann 3,--. 9475 R. Reumann 12,50. 9499 Reumann 9,95. 9502
Reumann, Reumann 6,55. 9505 R. Reumann 32,75. 9530 Reumann 14,50.
9538 von den Reber der Firma Reumann u. Co., 2. Rate 12,--. 9540 Seber
u. Co. 10,--. 9541 Reumann, 3. Rate 25,55. Reumann 9644 9,15.
10423 18,50. 10424 21,55. 10425 26,--. 9645 Siemens-Schneider-Werke,
3. Rate 9,75. 9646 Reumann 14,15. 9629 E. Schulz 11,50. G. Reumann 9843
8,55. 9845 11,75. 10667 8,45. 10598 14,15. 10669 9,80. Wäckerling,
Wäckerling für Reumann 10124 6,35. 10125 12,95. 10126 6,55. 10127 5,70.
10128 5,20. 10129 Reber u. Co., 5. Rate 13,85. 10167 Heberich
u. Reber 8,75. 10170 Reumann 9,55. 10225 Duffe Reber 1,--. 10248
Reumann 15,75. 10282 Reumann 6,10. 10253 Riehr, Reumann, Reumann
Reber 16,85. 10284 Reumann, Reumann, Reumann 12,--. 10273 Reber
u. Reumann 28,05. 10275 Reber, Reumann 12,25. 10306 R. Schulz 20,10.
Duffe 10254 25,--. 10255 26,80. 10256 42,45. 10257 13,10. 10258 16,10.
10259 21,20. 10260 13,60. 10261 10,--. 10262 9,80. 10263 9,65.
10519 13,05. G. Reumann 10921 7,80. Reumann u. Reumann 10874 10,90. Reumann
10381 6,75. Reumann, Reumann 5. Rate 10383 20,--. Schulz u. Co. 5. Rate
10410 5,30. Reumann u. Reber 10433 18,90. 10434 12,25. Reumann
7. Rate 10543 7,50. Reumann 10559 7,50. 10560 3,45. Reumann 10583 6,05.
Reumann 10560 10,65. Reber, Reumann 4. Rate 10670 9,50. Reumann
10673 4,90. Reumann Reumann Reumann 10677 13,25. Reumann
Wäckerling 10678 2,--. Summa 3992,35 R.

Gelder, welche per Post eingekassiert werden, sind an H. Rörsten,
SO. 16, Engelauer 15, I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort
auf unserem Bureau, Engelauer 15, I, Zimmer 29 an den Wochen-
tagen in der Zeit von vormittags 9-12^{1/2} Uhr und nachmittags
von 4-7^{1/2} Uhr abzuliefern.
Die Risten 233, 590, 667, 1483, 1655, 2251, 4732, 4741,
5854, 5989, 5992, 6571, 7075, 7214, 7409, 8139, 8225, 8885, 8990 sind
als verloren gemeldet. Dieselben sind beim Vorzeigen anzuhalten
und wenn möglich in unserem Bureau abzuliefern.
Der Ausschuss
der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.
5. Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte.
In Hannover traten am Montag die Delegierten des Ver-
bandes der freien Gast- und Schankwirte zu ihrem 5. Verbands-
tage zusammen. Den ersten Tag füllten Formalien aus. Am
zweiten Tage erstattete die Kommission Berlin den Kassensbericht. In der
Zeit vom 1. Juli 1908 bis 31. März 1910 wurden 191 225,79 M.
eingekommen, davon an Mitgliedsbeiträgen 162 322,19 M. Aus-
gegeben wurden 179 159,18 M. Von diesen Ausgaben sind hervor-
zuheben: 49 851,06 M. an die einzelnen Zahlstellen, an Sterbe-
unterstützung für Mitglieder und ihre Frauen 21 879,80 M., Rechts-
schutz 13 682,12 M., Agitation 10 000,01 M. Das Gesamtvermögen
des Verbandes beträgt 56 919,07 M.
Littin-Berlin gibt den Bericht des Vorstandes.
Leider sind die Finanzen des Verbandes durchaus nicht so günstig,
wie es auf den ersten Blick erscheint und wie man es gewünscht
hätte. In Köln hat Ringer ausgerechnet, daß für Sterbeunterstützung
pro Mitglied und Jahr 65 Pf. gezahlt worden seien. Inzwischen
ist die Quote für den einzelnen Unterstützungsfall um 10 M. ge-
stiegen, so daß die Unterstützung pro Kopf bereits 2,70 M. beträgt.
Durch die beständige Steigerung der Unterstützungssätze werden
auch die Ausgaben hierfür immer größer werden. — Eine ganze
Reihe tüchtiger Kollegen sind durch die Bezirksteilnahme für die
Agitation gewonnen worden. Die Früchte ihrer Arbeit werden
allerdings durch die große Fluktuation beeinträchtigt. Von etwa
2800 neu gewonnenen Mitgliedern bleiben nur rund 500 dem Ver-
bande treu. Ganz anders als wir sind die bürgerlichen Verbände
gewachsen. Sie haben von unserer Arbeit profitiert. Wir zählten
am 31. März 5094 Mitglieder. — Einen Angriff von Seiten der
Behörden konnten wir zurück schlagen. Einzelne Gemeinden
in Preußen glaubten, durch die Stempelsteuererhöhungen auch für
sich etwas herausziehen zu können. Sie berechneten höhere örtliche
Abgaben für Vergütungen usw. Wir haben uns, als die ersten
Nachrichten davon kamen, sofort an das Ministerium gewendet und
erreichten da, daß die Gemeinden sofort telegraphisch angewiesen
wurden, bei ihren alten Sätzen zu bleiben. — Dem Verbandstag
in Gera erhielten wir den Auftrag, uns mit der Generalkommission
der Gewerkschaften zu beraten, ob nicht mit den Gewerkschaften
ein Vertrag zustande zu bringen sei, wonach auch unsere Mit-
glieder beim Uebertritt zu einer Organisation ihre bei uns er-
worbenen Rechte gesichert bleiben. Die Generalkommission hat sich
auf Verhandlungen nicht eingelassen. Sie hielt sich nicht für
kompetent dazu. Die Sache soll nun endlich bei der nächsten Ver-
bandskonferenz besprochen werden. — Wir forderten weiterhin
unsere Kollegen auf, auch den Bauarbeitern ihre Solidarität zu er-
weisen. Die dafür gesammelten Gelder sollten durch die Verbands-
zentrale gehen. Dieser letzte Wunsch ist leider nicht erfüllt worden.
Wir haben deshalb keine Uebersicht über die Höhe der Samm-
lungen. Opferfreudig sind aber unsere Mitglieder gewesen und
die Leipziger Kollegen z. B. steuerten allein für diesen Zweck
wöchentlich 1 M. — Der Bierkrieg zog auch heftige Auseinander-
setzungen mit den Parteigenossen und den Gewerkschaften in Berlin
nach sich. Unser damaliger Redakteur Schulz hatte in einer Anzahl
Artikel Behauptungen aufgestellt, die für die Genossen beleidigend
waren. In einer Sitzung mit der Generalkommission und dem
Aktionsausschuss der Partei konnte er die Behauptungen nicht be-
weisen und wir mußten einer Erklärung zustimmen, in der wir
die Beleidigungen zurücknahmen. Genosse Schulz stimmte der Er-
klärung auch zu. Er weigerte sich aber dann, sie in die Zeitung
aufzunehmen und als wir darauf bestanden, kündigte er seine
Stellung. Danach habe ich die Redaktion eine zeitlang geführt,
jetzt ist Genosse Mühs Redakteur. Sonst wurden während des
Bierkrieges eine Reihe schänder und niederträchtiger Angriffe auf
uns gerichtet, ganz besonders von den Abstrinenten. Wir sind gar
nicht darauf eingegangen, weil wir unsere Zeitung nicht zum
Zummelplatz für persönliche Anfeindungen, die sich der ober-
jener gestattet, machen wollten. Aus verschiedenen Anfeindungen,
die ich inzwischen vernommen, geht hervor, daß auch die Partei-
genossen die Richtigkeit unserer Stellungnahme nach und nach
einsahen.
Den Bericht des Ausschusses erstattet Gerike-Ham-
burg. Er legt eine ganze Reihe von Beschwerdefällen dar, von
denen eine aus Köln besonderes Interesse bietet. Dort waren
mehrere Kollegen nicht zur Landtagswahl gegangen. Die Filiale
forderte damals den Ausschluß dieser Kollegen. Der Verband hat
sich dann einmal an den Parteivorstand gewandt und erhielt darauf
die Antwort, daß die besonderen Umstände höchstens das Nicht-
gehen zu einem auschlusswürdigen Vergehen machen könnten.
Der Ausschuss hat sich darauf gefügt, daß der Verband nicht sozial-
demokratischer zu sein braucht, als die Partei selbst.
Die Debatte dreht sich in der Hauptsache um den letzten Bier-
krieg. Das Ausscheiden des Redakteurs Schulz wird allgemein
bedauert, da er eine tüchtige Kraft war, doch erkennt man die
Handlungsweise des Vorstandes als durchaus richtig an. Die
Rechtzahl der Redner erkennt auch die Taktik im Bierkrieg als
richtig an. Einige Delegierte aber, wie Tempel-Rummelsburg,
von der Heyden-Köln, die Leipziger Delegierten usw., halten
den damals eingeschlagenen Weg nicht für richtig. Man hätte sich
mehr auf die Partei und die Gewerkschaften stützen sollen, statt
mit den Brauereien und den bürgerlichen Wirten zusammen-
zugehen. Die Brauereien seien schließlich trotz aller Verweigerungen
und Versicherungen rücksichtslos vorgegangen. Verschiedentlich, so
besonders von Radeburg aus wird indessen erklärt, daß man mit
der von der Opposition verteidigten Taktik keine Erfolge erzielt
habe. — In der Debatte wird dann noch auf das Verhältnis zu
den Gewerkschaften eingegangen. Man hat nur selten einen
Anschluß erreichen können. Es wird empfohlen, sich den Parteien
nicht unmittelbar anzuschließen, aber für ein gutes Verhältnis zu
Partei und Gewerkschaften zu sorgen.

Entscheidendes des Oberbürgermeisters. Der Bezirksausschuss nahm an,
daß ordnungsmäßig verfahren sei. Der Oberbürgermeister legte
Revision beim Oberverwaltungsgericht ein. Rechtsanwalt
Dr. Osler Cohn als Vertreter des Kassenvorstandes trat für die Be-
stätigung der Revisionsentscheidung ein.
Der dritte Senat des Oberverwaltungs-
gerichts hob am Dienstag das Urteil des Be-
zirksausschusses auf und erklärte die Entscheidung des Ober-
bürgermeisters für berechtigt. Ein Punkt sei vom Bezirks-
ausschuss nicht genügend beachtet worden, nämlich der Satz in der
Wahlbescheinigung, daß das Mitgliedsbuch zur Legiti-
mation mitzubringen sei. Der Senat steht auf dem Stand-
punkt, daß das Mitgliedsbuch nicht das einzige Legitimationsmittel
sei, sondern daß auch eine andere Art der Legiti-
mation zugelassen werden müsse. Nun solle ja, wie be-
hauptet werde, nicht genau nach der Bescheinigung verfahren sein.
Wenn dies auch zuträfe, so wäre es doch gegenüber der Bescheinigung
unverhältnißmäßig. Es sei wahrscheinlich, daß sich eine große Zahl
von Mitgliedern, die das Mitgliedsbuch nicht zur Hand hatten, vom
Erscheinen bei der Wahl durch die Bescheinigung hätten abhalten
lassen, indem sie sich sagten, daß sie ohne Mitgliedsbuch doch nicht
wählen dürften. Das sei ein Grund, die Entscheidung des Ober-
bürgermeisters für gerechtfertigt zu erklären.
Stellenvermittler und Kuppler.
Das neue Stellenvermittlergesetz, das am 1. Oktober in Kraft
tritt, enthält u. a. auch Bestimmungen, wonach Stellenvermittler,
welche weibliche Personen nach dem Ausland vermitteln, noch be-
sonderer Aufsicht unterworfen werden. Solche Aufsicht ist recht
nötig und wäre, solange nicht die Arbeitsvermittlung ausschließlich
paritätischen Arbeitsnachweiser überstellt wird, auch für das In-
land zweckmäßig. Freilich ist eine solche Kontrolle schon heute mög-
lich. Wie wenig diese erfolgt, solange die Polizei durch allerlei
höchst überflüssige Arbeit auf politischem Gebiet in Anspruch
genommen wird, zeigt folgendes Inserat, das dieser Tage in einer
Reihe bayrischer Zeitungen erschien:
30 Kellnerinnen gef.
mon. 300 M. garant. auch Ausfäng.
Off. mit Bild unter „Saison“ Kissingen.
Den Bewerberinnen, die auf das verlockende Angebot herein-
fielen, ist darauf vom Stellenvermittlungsbureau
Schweinfurt folgende telegraphisch verbildete Antwort
zugeschrieben:
Sehr geehrtes Fräulein!
Wir bestätigen den Eingang Ihrer Offerte unter „Saison“
nach Kissingen und teilen Ihnen mit, daß wir noch mehrere
unbesetzte Stellen haben. Eine besonders gute haben wir
vorläufig für Sie reserviert, bitten aber doch um Einsendung
eines Bildes oder um ganz genaue Beschreibung Ihres
Aussehens, Wesens, Größe, Alter, Figur,
Stärke, Zartheit, Busen usw., kurz Beschreibung Ihrer
Person und Formen.
Für unsere Nähe verlangen wir 20 M., welche in zwei
Raten gezahlt werden dürfen. 5 M. sind sofort in Papier-
geld oder Briefmarken der Antwort beizufügen, der Rest
in 4 Wochen nach Antritt der Stelle zu zahlen. Die Reise wird
in den meisten Fällen (1) vergütet. Legen Sie mehr
Wert auf schnellen Antritt oder auf Güte der Stelle, wenn auch
diese erst in 2 bis 4 Wochen anzutreten sein sollte? Welche Art
von Lokalen ist Ihnen am liebsten? Wären Sie bei telegraphischer
Mitteilung bereit, sofort abzufahren?
Umgehender Antwort sehen entgegen:
„Stellenvermittlung“ in Schweinfurt.
Unverhätlich kann der Handel mit Menschenfleisch wohl kaum
betrieben werden. Aber bürgerliche Zeitungen, „unparteiische“ und
christliche Blätter leisten diesem schamlosen Geschäft Vorschub, in-
dem sie die Inserate aufnehmen.
Nun wird der „Münchener Post“ aus Schweinfurt mit-
geteilt, daß auf die Anzeige einer Kellnerin hin die Polizei den
Mann in dem Augenblick verhaftet habe, als er eben die Briefe
abholen wollte. Es sei ein Geschäftsmann aus Kissingen.
Seinen Namen wolle die Polizei nicht nennen, da „der Mann ruht
niert würde, wenn seine Streiche bekannt würden.“
Das klingt schier ungläublich. Diese ganze Rücksichtnahme fehlte
noch Elementen gegenüber, die auf Beschwindelung Stellenloser
und auf noch viel Schlimmeres ausgingen. Hat das Gesetz der
Polizei Befugnisse beigelegt, um unläutere Elemente zu schonen,
oder um sie zu bekämpfen und den Arbeitssuchenden zu schützen?

Aus Industrie und Handel.

Schärfere Anspannung am Geldmarkt — keine Verringerung der
Bankrate. In einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Zentral-
ausschusses der Reichsbank wurde darauf hingewiesen, daß der
Status der Bank seit dem letzten Anweisung, der eine Ver-
schlechterung um 11 Millionen ergab, weitere Anspannung erfahren
habe. Die Gesamtanleihe liege sich zurzeit noch nicht über-
sehen. Zu einer Verringerung der Bankrate liege augenblicklich kein
Anlass vor.
Das Zweischichtsystem im Kaliberbau. Wie der „B. Courier“
zu berichten weiß, bestimmt Handelsminister Sydow in einem Erlaß
an die Oberbergämter, daß auf solchen Kalibern, auf denen eine
Salzgewinnung zurzeit noch nicht stattfindet, die Arbeiterzahl bis zur
Herbststellung des zweiten Schachtes auf 40 Mann in einem Schacht
zu begrenzen sei.
Diesenigen Werke, welche bereits in Förderung stehen, aber bis-
her ernsthafte Schritte zur Durchführung des Zweischichtsystems noch
nicht ergriffen haben, werden ab 1. Oktober d. J. in der Arbeiter-
zahl im Betriebsschacht auf 80 Mann begrenzt werden. In solchen
Fällen, in denen diese Maßnahmen noch nicht zum Ziele führen, soll
mit Exekutivstrafen vorgegangen werden. Ausnahmen in der Zwei-
schichtordnung sollen nur in exceptionalen Fällen zugelassen
werden. Den Oberbergämtern sind nach Lage des Falles Rüge-
reden oder Verschärfungen der ministeriellen Verfügung überlassen.
— Leider!
Wieder eine Entkommunalisierung. Der Gemeinderat in Mil-
hausen (Hoh) hat mit der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen-Ges.
Berlin einen Vertrag abgeschlossen, laut welchem die Gesellschaft
das städtische Elektrizitätswerk Milhausen übernimmt und sofort
mit dem Bau des neuen Kraftwerkes beginnt, sobald die Konzession
zum Bau erteilt ist. Gleichzeitig wurde ein zweiter Vertrag mit
den Kraftübertragungswerken Rheinischen abgeschlossen, wonach diese,
die bisher im schärfsten Konkurrenzkampf mit dem städtischen Mil-
hauser Elektrizitätswerk lagen, alle ihre städtischen Licht- und Kraft-
werke an die Berliner Gesellschaft übergeben. Letztere wird aber
10 Jahre hindurch den Strom für diese Werke von Rheinischen be-
ziehen.
Verschicktes Gesetz. Das neue Kaltegesetz sollte angeblich die
schnelle Produktionsvermehrung hindern, damit nicht eine wilde Kon-
kurrenz die Kalte billig auf den Auslandsmarkt werfe. Es gelte,
ein nationales Gut, nationale Arbeit zu schützen! Wie nun feststeht,
hat einer der Hauptstreiter für des Vaterlandes Schutz vorher ver-
geblich versucht, der Hauptagent und -Lieferant Amerikas zu werden.
Auch mit der Eindämmung der Erfindungen ist es nicht.
„Erst kurze Zeit ist vergangen,“ so schreibt die „Frankf. Ztg.“,
„seitdem das Kaltegesetz die Anfänge der Gesetzgebung passiert, hat

Soziales.

Ungünstige Wahl von Vertretern zur Generalsammlung einer Orts-
Krankenkasse.
Für die Generalsammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse
in Ranscheid waren am 8. November 1908 die Delegierten gewählt
worden. Die unterlegene Partei legte Protest ein, den sie als einen
solchen der nationalgesinnten Wähler aus dem Arbeiterstande be-
zeichnete. Angefochten wurde nur die Wahl der Arbeitnehmer-
vertreter, die am fraglichen Sonntage zwischen 4 und 7 Uhr nach-
mittags vorgenommen worden war.
Der Oberbürgermeister als Aufs

und noch sind die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Gesetz nicht veröffentlicht. Trotzdem zeigt sich, worauf wir jüngst schon kurz hinwiesen, ein ungewöhnlich lebhaftes Treiben in der Rastindustrie und in den dieser nachfolgenden Finanzkreisen. Auf halbem Wege werden in einer überaus raschen Fülle Finanzprojekte von großer Tragweite, Gründungs-, Teilungspläne und dergleichen vorgelegt. Es läßt sich bereits übersehen, daß die Kapitalinvestition in der Industrie in einem enorm beschleunigten Tempo erfolgt, und daß durch das Gesetz eine ganze Reihe von Rastgründungen angeregt wurde."

Gewerbliche Betriebsstatistik.

Nach der sozialen Stellung im Betriebe sind von den bei der gewerblichen Berufsstatistik im Juni 1907 ermittelten 14,4 Millionen gewerblich-tätigen Personen 3,1 Millionen Betriebsleiter. Von etwa 1 Million Angestellten gehören 670 000 zum Verwaltungs- und Kontorpersonal und 367 000 zum technischen Betriebs- und Aufsichtspersonal. Die eigentlichen Arbeiter und Gehilfen zählen 9,26 Millionen; dazu treten noch nahezu 1 Million (925 246) im Betriebe ihres Verwandten helfende Familienangehörige. Gegenüber der Zählung im Jahre 1895 haben die Lohnarbeiter eine Zunahme um 2,8 Millionen oder 14 Proz. erfahren; die mithelfenden Familienangehörigen wie den Angestellten insgesamt sind je über eine halbe Million Personen mehr zugestiegen. Hier zeigt sich ein verhältnismäßig weit rascheres Wachstum als bei den Arbeitern, da es sich auf 135 bzw. 122 Proz. der Grundzahl bei der vorigen Gewerbezahlung stellt. Die Zunahme der Betriebsleiter von Betrieben, welche mit Gehilfen oder Motoren arbeiten, ist über Erwartung hoch, sie beträgt 400 000 oder nahezu ein Drittel der Zahl im Jahre 1895. Abgenommen hat dagegen wieder wie damals die Zahl der Inhaber der Zwergbetriebe; ebenso die Zahl der allein und ohne Motorenbenuzung arbeitenden Inhaber der „Kleinbetriebe“ im statistischen Sinne.

Deutsch-französischer Handel 1909.

Die Einfuhr aus Frankreich betrug 1909 im Spezialhandel ohne Edelmetalle 484,7 Millionen Mark gegen 420,0 Millionen Mark im Vorjahre, die Ausfuhr dahin 454,8 gegen 437,0 Millionen Mark. Die Einfuhr nahm mehr zu als die Ausfuhr, nämlich um 15,4 Proz. gegen 3,9 Proz. der letzteren. Aus Frankreich wurden hauptsächlich bezogen: Kammzug (50,8 Millionen Mark), Rohwolle (17), Halbseide (14,5), Wolle (14,3), Pelztierfelle (12,7), ungeschäbte Raubtierpeltierohstoffe (12,6), Voilelles (10,6), Schaumwein (8,3), Eisenerze (8,2), Drelluchen (8,1), dichte Seidengewebe (7,2 Millionen Mark), während dahin abgeführt wurden: Pelztierfelle (50,1), Steinkohlenfoks (28,6), Steinkohlen (25,1), Fahrdrücke (12,8), Wollstoffe (10,7), Eisenerze (7,1), rotes Kampfgorn (7), Lokomotiven und Tender (6,8), Oberleiter (6,6), Holzstoff (6,1), Kinderspielzeug (5,7), Metallbearbeitungsmaschinen (5,5), Leersfarbstoffe, Rindshäute, Chlorkalium, Wollabfälle mit 4,7 bis 4,2 Millionen Mark.

Während 1908 die Ausfuhr nach Frankreich zum erstenmal größer war als die Einfuhr von da, übertrifft letztere wieder die Ausfuhr um fast 30 Millionen Mark.

Syndikatspolitik-Lohnabruß. Das Rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat wird wegen seiner hohen Preisforderungen seine Ware in Deutschland nicht los und es ist daher gezwungen, sie in das Ausland zu verkaufen, was natürlich nicht ohne Preisopfer geschehen kann. Damit drückt es aber auf das dortige Preisniveau. Das ist in Belgien der Fall, wo die Gruben schon seit Jahren über den starken Wettbewerb klagen, der ihnen von Rheinland-Westfalen aus gemacht wird. Sie werden durch diese Unterbietungen gezwungen, auch ihre Forderungen zu ermäßigen, und wollen jetzt die Kosten auf die Arbeiter abwälzen. Daraus haben diese jetzt erneut mit einem allgemeinen Streik gedroht.

Gerichts-Zeitung.

Verlagung im Schneebekprozeß?

Aus Allenstein wird gemeldet, Frau Weber habe gestern wiederholt schwere Anfälle gehabt. Sie hatte sich gegen Mittag wieder schon vollständig beruhigt, als plötzlich nachmittags um 4 Uhr ihr Schwager, der Kaufmann Weber, in das Hotel „Deutsches Haus“ gestürzt kam, wo die drei Verteidiger zu Mittag speisten und konferierten, und sie benachrichtigte, daß plötzlich bei Frau Weber ein Wahnsinnsausbruch erfolgt sei. Die Verteidiger stürzten sofort zum „Hotel Kronprinz“ hinüber, in dem das Ehepaar Weber wohnt, und fanden die Angeklagte in größter Aufregung. Sie tobte förmlich. Sie schrie: „Ich werde wahnsinnig! Wahnsinnig!“ und wiederholte das endlose Male. Ihren Ehemann schrie sie fortwährend an: „Du bleibst bei mir! Sie wollen mich nach Kortau bringen! Ich habe in Kortau gesehen, wie die Leute verrückt werden. Ich will nicht nach Kortau! Ich bleibe hier!“ Und dann wiederholte sie immer wieder: „Ich werde wahnsinnig!“ und tobte. Die Verteidiger und Herr Weber bemühten sich vergeblich, sie zu beruhigen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Salzmann holte dann seinen nebenan wohnenden Bruder, der praktischer Arzt ist und der Frau Weber Morphiumeinspritzungen machte. Es gelang aber trotzdem noch nicht, sie zur Ruhe zu bringen. Es wurde hierauf telefonisch der Direktor der wenige Kilometer von der Stadt entfernten gelegenen Provinzialirrenanstalt Kortau, Sanitätsrat Dr. Stoltenhoff, benachrichtigt, der sofort in einem Anfallswagen herbeigeeilt kam. Er fand die Angeklagte in einem Zustand der Geistesverwirrung. Sie brummte vor sich hin, erkannte niemanden und schien vollständig geistesabwesend zu sein. Sanitätsrat Dr. Stoltenhoff erklärte, daß der Fall sehr ernst sei. Er fuhr dann zur Wohnung des Schwurgerichtspräsidenten Geh. Justizrat Landgerichtsdirektor Proese, mit dem er in einem Wagen herbeigeeilt kam. Auch jetzt war die Angeklagte noch in demselben Zustand der Geistesabwesenheit.

Es erscheint bei dem jetzigen Zustand der Angeklagten im höchsten Grade zweifelhaft, ob es möglich sein wird, morgen zu verhandeln. Von einer weiteren Untersuchung des Zustandes der Angeklagten wird die Entscheidung abhängen, ob sie überhaupt noch in absehbarer Zeit verhandlungsfähig sein wird.

Der Horcher am Nebentisch.

Der Elektromonteur Hermann Schmitz, Plantagenstraße 6, bittet um ein Bestätigung, daß er mit dem Feigen Schmitz nicht identisch ist, der in dem Wahlrechtsdemonstrationsprozeß vom 20. Juni 1910 eine Rolle spielte, über den wir unter der Überschrift „Der Horcher am Nebentisch“ am 21. Juni berichtet haben. Diesem Wunsche kommen wir gern nach.

62 000 M. Unterschlagungen eines Oberpostkasseners!

In Nr. 78 des „Vorwärts“ berichteten wir über die Verhaftung des Oberpostkasseners Wuth in Erfurt wegen Unterschlagung amtlicher Gelder. Am Dienstag hielten sich Wuth und seine Ehefrau vor der Strafkammer in Erfurt wegen Unterschlagung bezw. Begünstigung zu verantworten. Die Verhandlung förderte erhebliche Dinge zutage. Wuth war früher Postkassobote in Saalfeld. Er bezog dort ein Gehalt von 1000 M., lebte dabei aber auf so großem Fuße, daß es allgemein auffiel. Er hat sich in dieser Stellung zwei Einschreibebriefe mit je 5000 M. unterschlagen; doch schieden diese beiden Fälle, weil verjährte, aus dem Verfahren aus. Am 1. April 1906 kam Wuth als Oberpostkassener nach Erfurt, wo er nun sein Deciden in großem Maßstabe aufnahm. Zunächst unterschlug er einen Einschreibebrief mit 10 800 M. und schob dafür einen früher schon beiseite gelegten Brief unter. Im Februar 1908 und April und Juli 1909 nahm er aus verschärften Postweckeln je einen Einschreibebrief mit 3000 M., Wertpapiere und 10 000 M. |

in Staatspapieren, sowie 8000 M. in bar an sich. Und noch im März 1910 unterschlug Wuth einen an die Schwarzburgische Landeshauptstadt in Rudolstadt gerichteten Einschreibebrief mit 30 000 M. Die Gesamtunterschlagungen beziffern sich auf 61 825 M., von denen bei einer Hausdurchsuchung 20 300 M. in einem Sekretär gefunden wurden. Für die entwendeten Sendungen stellte er an seinen Sohn gerichtete Briefe in die Postbeutel, damit die Stückzahl stimmte. Frau Wuth, die durch übermäßige Lebensansprüche ihren Mann auf die schiefse Bahn gedrängt haben soll, wird für überführt erachtet, von all diesen Unterschlagungen Kenntnis gehabt zu haben. Das Urteil lautete gegen Wuth wegen Amtsunterschlagung in fünf Fällen auf sechs Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Frau Wuth auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Ist die höchste Postbehörde moralisch völlig unschuldig daran, daß diese Kassenunterschlagungen so lange unentdeckt bleiben konnten, oder wäre eine Entdeckung früher erfolgt, wenn die Postbehörde es unterlassen hätte, sich um die Betätigung der politischen Gesinnung ihrer Beamten zu kümmern und diese ersparte Zeit für Revisionen verwendet haben würde?

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

In einer riesigen Demonstration haben die englischen Frauenrechtlerinnen von neuem für das Frauenstimmrecht Propaganda zu machen versucht. Unmittelbare Veranlassung dazu war die neue „Frauenbefreiungsbill“, die das Parlament gegenwärtig beschließt. Die Suffragettes erwarteten von ihrer Annahme einen Fortschritt ihrer Sache. Ueber die unter großem Tamtam verkauften Demonstration schreibt unser englisches Bruderorgan, die „Justice“:

„Es war in der Tat eine großartige Demonstration, eine unvergleichliche Versammlung schöner Frauen, die gut angezogen, gut genährt, blühend aussehend, ein Bild materiellen Wohlstandes boten. Elegante Gewänder, köstliche Chiffons und Stidereien, leuchtende Fächer, in denen die Farben der Suffragettes, lila, grün und weiß, vorherrschten, prächtige Hüte und Haare, Blumenkranz, das waren die in die Augen fallenden Hübe der Prozession, der eine Reihe von Wagen aller Arten folgte. Es war klar, hier handelte es sich weder um eine proletarische Demonstration, noch um eine, welche die Sympathie und Unterstützung irgend jemandes verdiente, der proletarische Interessen zu fördern wünschte. Es war eine ausgesprochen bürgerliche Demonstration zur Förderung der Ziele der bestehenden Frauen, die in großem und peinlichem Kontrast stand zu den Demonstrationen armer Arbeiterinnen, die an derselben Stelle stattgefunden haben. Wir haben nichts dagegen, daß diese eleganten, wohlgepflegten Damen der Bourgeoisie ihre Demonstration abhalten und nach dem Stimmrecht schreien. Im Gegenteil, wir fühlen uns eher geschmeichelt dadurch, daß sie unsere Agitationsmethoden auf ihre Art nachzuahmen versuchen. Was wir aber scharf verurteilen, das ist die betrügerische Heuchelei von Sympathie mit den arbeitenden Frauen und ihre Ausnutzung der arbeitenden Frauen unter dem Vorwand der Sympathie. Jene Frauen, die so laut sie können, für sich selbst das Stimmrecht fordern, würden entrüstet sein, wenn ihre Ködinnen und Dienstmädchen auch politisch frei würden, oder wenn das Stimmrecht als Werkzeug der sozialen und wirtschaftlichen Emanzipation der Arbeiterklasse benützt würde. Von der Versammlung in der Albert-Halle wurden 5000 Pfund Sterling gesammelt, das sind 100 000 M.; im ganzen verfügen die Suffragettes jetzt über nahezu 1 1/2 Millionen Mark. Diese Tatsache allein genügt, um den Charakter der Bewegung zu kennzeichnen. Niemand wird auch nur einen Augenblick glauben, daß die reichen Frauen, die so hohe Summen aufbringen, sie hergeben würden, wenn die Bewegung der Emanzipation der Arbeiterklasse zugute käme oder etwas anderes wäre als eine Bewegung zur Vermehrung der politischen Macht des Besitzes. Wir wiederholen noch einmal, mögen die reichen Damen für das Wahlrecht für sich und ihre Klasse agitieren, die Pflicht der Arbeiter aber ist es, sie zu bekämpfen; jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, die ihre Forderung unterstützen, sind bewußt oder unbewußt Feinde der Arbeiterklasse.“

Diese letzte Mahnung ist sehr nötig, denn es ist den bürgerlichen Stimmrechtlerinnen leider gelungen, männliche und weibliche Mitglieder der Arbeiterpartei für ihre Zwecke einzufangen.

Wenige Tage nach der Demonstration hat der Premierminister Asquith nach jahrelangem Sträuben eine große Abordnung von Stimmrechtlerinnen empfangen, die ihm die schleunige Verabschiedung der „Frauenbefreiungsbill“ empfahl. Herr Asquith hatte für die Damen nur einige höfliche, unverbindliche Redensarten. Unmittelbar danach empfing er eine Abordnung der Antistimmrechtbewegung, der er unverhohlen seine Begrenzung gegen das Frauenstimmrecht zu erkennen gab. Damit sind die Aussichten für eine die Suffragettes zufriedenstellende Entscheidung der Frauenwahlrechtsvorlage für diese Tagung des Parlaments sehr gering geworden. Die Mehrheit des Kabinetts soll der Vorlage über das beschränkte Frauenwahlrecht günstig sein, ein Teil, darunter der Premierminister ist dagegen. Da die Regierung in dieser Tagung keine streitige Vorlage in das Arbeitsprogramm des Parlaments aufnehmen will, wird die Vorlage nur als Privatentwurf eines Abgeordneten im Unterhause zur zweiten Lesung zugelassen, debattiert und zur Abstimmung gebracht werden und dann voraussichtlich in der Versenkung verschwinden. Die Suffragettes kündigen demgegenüber schon jetzt den heftigsten Widerstand ihrerseits an.

Vermischtes.

Der zerstörte Zeppelin-Kreuzer.

Die am Dienstag auf den Tannen des Teutoburger Waldes so programmwidrig brandete Rundfahrt der Pressevertreter hat das Passagierluftschiff „Deutschland“ fast vollständig zerstört. Bei seinem Abflug aus etwa 2000 Meter Höhe auf den Teutoburger Wald trieb das Luftschiff eine Anzahl Bäume um, andere drangen mit ihren Spitzen in den Ballon ein, zerbrachen das Gefüge und zerrissen Teile der Ballonhülle. Besonders schwer gelitten hat der hintere Zell des Luftschiffes, er ist vollständig zerstört. Wie der Führer Direktor Goldmann erklärte, ist das Luftschiff so gut wie vollständig verloren. Goldmann schätzt den Schaden auf etwa 200 000 M.

Am Mittwochmorgen hat man mit der Abmontierung des Luftschiffes begonnen. Die intakt gebliebenen Ballonetten wurden entleert, das Aluminiumgerippe wird zerlegt, um so nach Friedrichshafen geschickt zu werden.

Die Ursachen der Katastrophe sind zu suchen in den am Dienstag in den höheren Luftschichten herrschenden Windströmungen, die nach den Meldungen des Observatoriums in Kaden am Boden 10-12, in Höhe von 500 Meter 16, in Höhe von 600 Meter 17 und in Höhe von 1000 Meter 18 Sekundenmeter betragen. Gegen diesen schweren Winddruck konnten die Motoren des Luftschiffes nicht aufkommen, sie versagten, so daß das Luftschiff durch den Sturm abgetrieben wurde. Bei seinem Sturz passierte der Ballon Wellenschichten, die Schnee und Regen mit sich führten. Dadurch wurde der Ballon schwer belastet, so daß er in fast senkrechtem Absturz im Teutoburger Walde niederging. Bei dem Absturz wurde ein Mann der Besatzung erheblich verletzt. Nachdem das Luftschiff sich in den Bäumen verfangen hatte, wurden die Passagiere durch Strickleitern ausgeschifft. Gleich nach dem Niedergang eilten aus der Umgegend zu Fuß und zu Wagen zahlreiche Hilfskräfte herbei, die sich an den dringendsten Rettungsarbeiten beteiligten. Die weiteren Bergungsarbeiten wurden durch abkommandierte Truppenabteilungen ausgeführt.

Ueber den Verlauf der Katastrophe schreibt im „V. L.“ ein Teilnehmer an der Fahrt:

... Als das Luftschiff über Varmen war, setzte plötzlich der eine der beiden Motoren in der hinteren Gondel aus, weil eine Feder gebrochen war. Die beiden übrigen Motoren konnten angesichts des schweren Windes das Luftschiff nicht mehr nach der gewünschten Richtung vorwärts bringen, so daß der Ballon die nächsten Stunden in Wind und Wetter treiben mußte. Man geriet inzwischen noch dazu in eine Gegend, die man nicht kannte, so fleißig auch die Karten studiert wurden. Bald heft, bald senkt sich, dem Höhenmesser noch willig gehorchend, der mächtige Koloz und selbst, wenn er sehr schräg in der Luft hing, ließ das Gefühl der Sicherheit nicht nach. Endlich kam Gelsenkirchen in Sicht und die Nacht wurde passiert. Das Wetter wurde immer schwerer und es wehte ein Wind von 12 bis 16 Sekundenmetern. Ziellos schwannte das Luftschiff dahin. Endlich, um 2 Uhr, ist der dritte Motor wieder in Stand gesetzt und es lebte die Hoffnung auf, doch noch nach Münster zu kommen.

Zwei Stunden lang quälte es sich ab, vorwärts zu kommen und Münster zu erreichen. Es schwebte nur zwischen Moor und seenerreicher Heide. Es wird unbehaglich in der Kajüte und beängstigend. Der herumgereichte Selt bleibt in den Gliedern stehen. Die Propeller brüllten ihre surrende Melodie. Dazu pfeift der Orkan heulend über den Leib des Kreuzers hinweg, daß das Tuch sich wild emporbauscht. Dunkle Wolken ziehen von links und von rechts. Ein Sonnenstimmer, der für ein paar Sekunden durchgedrungen war, wird bald wieder durch dunkle Wollenschwaden abgelöst. Die offiziellen Herren sagen, man will jetzt versuchen, Osnabrück oder Senne zu erreichen, denn der Benzinmangel ist groß. Die Luftschiffer hatten sich nur für zehn Stunden Fahrt vorgesehen. Gegen 1/2 Uhr steigt und steigt das Schiff, immer höher, von 200 Meter auf 500, von 500 auf 1000, und schließlich auf 1500 Meter. Längst ist die Erde unsichtbar geworden. Wir segeln in einem weissen Wollensee und der Dampf dringt zischend durch die offenen Fenster der Kajüte. Pfeilschnell geht die Fahrt. Direktor Goldmann und Dr. Eckener haben die Kajüte längst verlassen und sind in die vordere Gondel gestiegen, um zu beratschlagen. Plötzlich stellt sich eine Glöde in der Kabine. Man macht die Tür auf, die von der Kabine zum Laufsteg führt und sieht, daß Direktor Goldmann mit der Hand winkt. Drei von den Passagieren treten aus der Kabine und lassen sich durch das Aluminiumgerippe den Laufsteg entlang. Diese drei Mann sind notwendig um die Balance zu halten. Mit diesem Augenblick ist die Sicherheit dahin, denn es stimmt irgend etwas nicht. Noch immer dauert die Wollenfahrt mit kolossaler Geschwindigkeit fort. Die Minuten werden zur Ewigkeit. Mit einem Male wird die Tür aufgerissen und Direktor Goldmann springt ganz verpörrt in die Kajüte. Ihm folgen die Leute, die auf dem Laufsteg die Balance gehalten hatten. Man bestärmt Direktor Goldmann mit Fragen, die er achselzuckend mit der Bemerkung beantwortet: „Ich weiß nicht, was werden wird.“ Immer schneller steigt das Schiff, und immer noch in den Wolken. Das dauert so wenige Sekunden. Plötzlich senkt sich der Ballon blitzartig auf 1250 Meter herab und zerreißt die Wollenseide. Das Auge sieht wieder auf seltige Wiesen und auf Tannenwälder. Alles atmet auf, denn unten scheint die Sonne. Jetzt schweigen die Propeller des vorderen Motors. Die Maschine hat ausgeleert, das Unglück war da. Schräg faßt das Schiff wie auf einer schiefen Ebene hinunter. Alles wird stumm. Alle Herzen stehen, alles hält sich für verloren. Einer der Ingenieure aus der Führergondel kommt den Laufsteg entlang und stiert mit wilden Augen zur Kajüte hinein. Das Schiff fällt und fällt. Im nächsten Augenblick gibt es einen furchtbaren Knack, aus allen Fugen zittert der Ballon. Aber er sieht wie festgenagelt.

Die erfolgreiche Furunkelbehandlung.

Die beiden Leibärzte Wilhelm II., Generalarzt Dr. v. Jürgens und Oberstabsarzt Dr. Riedner, die dem Kaiser bei seiner letzten Erkrankung ärztliche Hilfe leisteten, wurden von ihm mit Orden bedacht. Der ranglich höher stehende Dr. v. Jürgens erhielt die Brillanten zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit der preussischen Krone, Dr. Riedner wurde mit dem Kreuz der Ritter des Hausordens von Hohenzollern ausgezeichnet.

Wilhelm II. scheint seine Furunkelkrankung für ein sehr gefährliches Uebel gehalten zu haben, dagegen dürften die beiden Fachleute von der kaiserlichen Auszeichnung sehr überrascht worden sein; ist doch die Behandlung eines Pickels eine der einfachsten ärztlichen Hilfeleistungen. Um etwas anderes aber hat es sich nach den offiziellen Berichten nicht gehandelt.

Ein Thema für höhere Töchter.

Den „M. N. N.“ wird aus Bamberg geschrieben: Die Absolventinnen des obersten Kurses der höheren Töchter-Schule des Englischen Instituts in Bamberg, junge Mädchen im Alter von ungefähr 16 Jahren, haben bei der Schlussprüfung in der Religion nachfolgendes Thema zur Bearbeitung erhalten: „Es ist ein Brief an eine Freundin zu richten, die ihre Unschuld verloren hat und deshalb Selbstmord begehen will.“

Das Englische Institut ist eine von Ordensschwägern geleitete katholische Anstalt, in der nur die Töchter der Wohlhabenden erzogen werden. In Religionslehre unterrichtet ein Pfarrer Hofinger. Es scheint, daß der Mann sehr trübe Erfahrungen mit seinen Jöglingen gemacht hat, sonst wäre es unverständlich, warum er ein so absonderliches Thema zur Bearbeitung wählt.

Wer abonniert, kommt in den Himmel!

Der in Würzburg erscheinende „Armenseelenbote“ offeriert in seiner Abonnementsbeilage folgendes:

„Im weiteren machen wir unsere geehrten Abonnenten darauf aufmerksam, daß wir vom dritten Jahrgang an jährlich 72 heilige Messen für die Anliegen der Abonnenten und zum Troste der armen Seelen lesen lassen werden; ferner, wer den Abonnementspreis im voraus einleudet, wird in den „Sühnungsverein der verlassenen Seelen im Hegefeuer“ aufgenommen, in welchem jede Woche über 4000 heilige Messen gelesen werden.“

Das heißt ein Geschäft!

Kleine Notizen.

Bersähtete Bergleute. Auf dem Egmont-Schachte bei Gottesberg in Schlesien wurden zwei Bergarbeiter durch hereinfallende Gesteinsmassen verdrückt. Bisher konnte nur einer in schwer verletztem Zustande geborgen werden.

Ein Liebesdrama. In Stuttgart erlosch der frühere Hofkapellmeister Dr. D. Brühl seine Geliebte, die hgl. württembergische Kammerliednerin Anna Sutter und hierauf sich selbst. Seiner Geliebten wegen hatte sich Brühl von seiner Frau scheiden lassen; jetzt wollte Fräulein Sutter aber nichts mehr von ihm wissen, da sie sich in einen Kollegen verliebt hatte.

16 Touristen vom Berg getroffen. In der Waldstubehütte im Kaisergebirge schlug der Wind in eine Schutzhütte ein, wo sich 16 Touristen befanden. Sämtliche Touristen wurden betäubt, sechs erheblich verletzt, die anderen konnten sich wieder erholen.

Wasserversorgung. In Altenrhein droht der Bruch des Rheindammes. Ähnliche benachbarten Feuerwehren werden aufgerufen. Mehrere Gebäude mußten geräumt werden. Ein Wende-soldat ist ertrunken.

Die Cholera in Petersburg. Nachdem lange Zeit das Vorkommen von Choleraerkrankungen in der russischen Hauptstadt durch die Behörden bestritten wurde, wird jetzt mitgeteilt, daß am Mittwoch zwei Fälle von Choleraerkrankung zu verzeichnen sind.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vorn vier Treppen - Parterre - , wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrage ist eine Durchsicht und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. Müller. 1. Bodentags 10-5, Sonntag 10-2, falls der Vertrag nicht anders bestimmt. 2. Ja. - **G. E. 13.** Aus der Anfrage ist nicht ersichtlich, ob neben dem mündlich geschlossenen Hausvermietungsvertrag noch ein schriftlicher Mietvertrag besteht. Ist das der Fall, dann ist die Kündigung der Hausvermietung zum 1. August, der Wohnung zum 1. Oktober zulässig. Ist es nicht der Fall, wird die Kündigung zum 1. August für beides. - **H. T. 108.** Ja. - **P. E. 69.** Ja, wenn Dispens erteilt ist. - **P. S. 63.** 1. Bis zum vollendeten 21. Lebensjahre. 2. Es gilt kraft Gesetzes Gütertrennung. - **Schwiegermutter 30.** Er soll unter Einwirkung der Älteren bei der Vermögensverwaltung beauftragt werden. - **G. E. Blumen.** Der Lohnanspruch besteht nicht. - **Börner.** 1. Sie müssen dem Befehl folgen. 2. Ein 21-jähriger Mann braucht zur Heirat nur die Einwilligung der Braut. - **Ganis.** 1. Reichsgerichtlich geregelt. 2. Stellen 210 702, Danks 140 539 (Zählung 1900). Berlin. - **H. T. 100.** 1. Rein 2. Ja 3. Nur was Ihnen gehört, kann gepfändet werden. - **P. S. 28.** Steuern aus 1908 sind nicht verjährt. Wenn 1908 aus der Kirche ausgestiegen, müssen Sie bis Ende 1909 die Steuer entrichten. - **G. S. 33.** Wirtschaftsfachleute können nur durch Vererbung an den anderen veräußert werden. Wenn Sie im Besitz der Sachen bleiben wollen, muß ein Kauf- und gleichzeitig Leihvertrag geschlossen werden, am besten schriftlich bei einem Anwalt. - **Z. H. 52.** Sie haben die Pflicht jedes anderen Lehrers, müssen gegen Krankheit und Invalidität versichern.

- **H. T. 100.** 1. Pfänden kann nur u. nach Umschreibung des Schuldtitels oder auf Grund einer Vollmacht des G. 2. Besteht mit der Firma eine Vereinbarung wegen des Lohnabzugs, dann geht diese vor. 3. Es könnte gegen den Kaufmann geklagt werden. - **Gotth. Kpelt.** Hängt ganz von dem Gegenstand der Liebe ab. - **1155.** Kommen Sie in die Sprechstunde. - **D. S. 100.** Hängt vom Grade der Verwandtschaft zum Erblasser ab. - **D. S. 17.** 1. Rein, 2. Rein, aber dringend zu raten. - **M. J. 12.** Sie müssen die Erben des Hauswirts auf Zahlung verklagen. - **T. 201.** 1. Rein, 2. Ja, 3. Rein, 4. Rein. - **Bruchmühle.** Sie haben den beim Mieten geeigneten Keller zu verlangen. - **P. Pr. 1000.** Ihre Tochter ist die einzige Erbin, auch wenn Sie kein Testament machen. Eigenhändiges Testament kann zu Hause oder gerichtlich verfaßt werden. Ein gegenseitiges Testament darf nach dem Tode eines Ehegatten ergänzt, nicht umgestoßen werden. - **K. S. 3.** 1. Lohnbefehlsgläubiger. 2. Sieben Klassen. - **C. S. 10.** Wenn Sie jemanden dazu finden. Das Gericht hat damit nichts zu tun. - **H. H. 444.** Er kann das Kind zu sich nehmen, ihm auch seinen Namen geben. Unterhaltspflicht bis zu 16 Jahren, auch wenn das Kind nicht bei ihm. Sie können das Vormundschaftsgericht anrufen. - **Torgau 100.** 1. Ja, 2. Wenn nicht gültige Einigung, entscheidet der Vormundschaftsrichter. - **Br. 47.** Nicht abzugeben. - **H. 53.** Ja. - **100** Zwei Wertende. 1. Solche Fälle registrieren wir nicht. 2. Sie müssen ein bestimmtes Land angeben. - **G. E. 15.** 1. Ja, 2. Beim Amtsgericht des Wohnortes des Beklagten. - **H. T. 99.** Notar oder Gericht. Kosten bestimmen sich nach der Größe des Vermögens. - **P. S. 52.** 1. Rein, 2. Nur das Gericht. - **M. S. 75.** Sie haben an den Vater seinen Anspruch. Schreiben Sie ihm aber. - **H. W. 7** aus Küber. Auf Nachsicht oder Empfehlung von Hilsmitteln kann sich die Redaktion umsofort einlassen, wie können vielmehr immer wieder nur ermahnen, den Arzt zu Rate zu ziehen. - **Kunst.** Berlin.

Das Möbelmagazin mit den Beiblättern: Der moderne Tischler - Der moderne Tapezierer. Berlin, Der Innenausbau. Dresden, Möbel und Dekoration, Illustrierte deutsche Tischlerei. Wien, Das Interieur, Hochblat für Innendekoration. - **M. S. 15.** Schneiderratschenschemen oder Schulen weisen wir nicht nach. Am besten informieren Sie sich beim Verband der Schneider und Schneiderinnen, Sebastianstr. 37-38.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Remel, Tüft	49	0	Saale, Großh.	124	0
Bregel, Unterburg	-41	-1	Havel, Sandbau	40	+3
Beichsel, Thorn	4	+2	Matthensow	24	-1
Oder, Kallbar	1824	+12	Spree, Spremberg	68	-2
Stroffer	96	-4	Deeflon	75	-1
Kranfurt	107	-5	Bejer, Minden	-56	+8
Barthe, Schrimm	-23	0	Minden	7	-2
Landsberg	-43	+1	Rhein, Maximiliansau	644	+8
Rege, Borsdam	-24	+1	Raub	435	0
Elbe, Leitmütz	20	+10	Rhin	439	+9
Dresden	-113	+4	Redar, Heilbronn	190	+7
Barb	126	-10	Rain, Berthelm	165	+5
Magdeburg	114	-16	Rojet, Trier	201	+12

+) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterpegel. *) Höchster Wasserstand am 27. 3 Uhr nachmittags 217 cm.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Dem Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Anton Littmann
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
14/5
Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Freitag, den 1. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal I):
Bauvertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Die Mißstände auf den Bauten. 2. Verschiedenes.
Sämtliche Bauten müssen vertreten sein; auch die Bauten der Firma Gottlieb Thiele.
Der Vorstand.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
Am 27. Juni verstarb unser Mitglied
Friedrich Schulz
(Bezirk Schöneberg).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Schöneberger Rathhauses an der blauen Höhe aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlfstelle Charlottenburg.
Donnerstag, den 30. Juni 1910, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Volkshaus, Rosenthalstraße 3.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsnachweisfrage. 2. Beschlußfassung über die Beistener zum Volkshaus. 3. Gewerkschaftliches, Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“.
Wanderfahrten
am Sonntag, den 3. Juli 1910:
1. Rinkenrug - Seefeld. Abfahrt Leichter Fernbahnhof 8 1/2 vorm.
2. Kaulsdorf-Friedrichshagen. Abf. Sächsischer Bahnhof 1 1/2 Uhr nachm.
3. Friedrichshagen-Strausberg. Abf. Sonnabend Sächsischer Bahnhof 8 1/2 nachm.
Ausführliche Programme bei Hefte, Rosenstr. 19 u. D. 2/2 Gäste willkommen.

Telephon Amt 3 No. 5121.
Das Zigarren-Fabrik-Lager
von **A. C. Thurk, Berlin**
Schlegelstr. 25, 2 Minuten v. Stettiner Bahn., empfiehlt drei Spezialmarken in ganz vorzüglicher Qualität, No. 1 Mk. 32,50, No. 2 45,00, No. 3 55,00 pro Mille.
Kautabake von G. A. Hanewacker
Nordhausen.
Sämtl. Zigarettenmarken zu Originalpreis.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Richard Girndt
am 27. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.
Zweigverein Berlin.
Geschäftsstelle: C. 54, Mulastr. 10. I. Tel. Amt III 4518.
Sonntag, den 3. Juli 1910, nachmittags 2 Uhr, in Kellers Konzertsaal, Köpenicker Straße 96/97:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Vorstandstage. 2. Wahl der Beisitzer zum Hauptvorstand und der Revisoren. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert zum Eintritt.
Die wichtige Tagesordnung macht es jedem Kollegen zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Steppdecken Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Similiseide in den Farben 4 85 6 25
rot, blau, 7 50 8 75
(Seidensatz) oliv
auf beiden Seiten benutzbar 11,25
Wollatlas blau, 7 50 9 00
rot
Bunte Normal-Schlafdecken 1 75 2 50 3 50
Wolldecken ganz dick, extra billig 3 00 4 00
Große Post. echte Kamelhaardecken 10-24 00
Spezialkatalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Partei-Expeditionen:
Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochmeisterstraße.
1. Wahlkreis, Berlin: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hofpartei.
Eben und Südwesten: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
2. Wahlkreis: St. Friedrich, Briningerstr. 31, Hof rechts part.
3. Wahlkreis: Dorn: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120.
- Wilhelm Rann, Peterburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Buchst, Jannowstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansviertel): Karl Kuder 5, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Beise, Magarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Marx, Eichenstr. 123.
Adlershof: Karl Schmarglose, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienice: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
Baumschulenweg: D. Hornig, Varienbalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück: Heinrich Brose, Hofeisenstr. 74, part.
Bohndorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohndorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharberg, Selenhellerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
Eichwalde, Zenthen, Hiersdorf und Hankels Ablage: Oskar Rahle, Eichwalde, Schönerhauserstr. 99.
Erkner: Emil Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedrichshagen: E. Hölzel, Friedrichshagen.
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernice, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Rohr, Däpferstr. 32, und Fr. Schellhake, Hornstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Beremann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
Johannisthal: Vielle, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Hüter, Addestr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
Köpenick: Emil Böhler, Kiefernstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Wasserleerstr. 14.
Mariendorf: August Leib, Chausseestr. 206, Hof.
Mariensfelde: Emil Weinert, Dorstr. 14.
Nieder-Schöneweide: Max Frieble, Bräuerstr. 14 II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufferstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rißmann, Wäldersstraße 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Ramelestr. 12, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: W. Rosenstranz, Alt-Dogshagen 66.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Gamsstraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: R. Dppen, Ragowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riensch, Borsigwalde, Rauschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Besenbender Str. 4.
Tempelhof: Albert Zitel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Tropfow: Rob. Gramenz, Kieboldstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Buchmann, Sebansstr. 103, parterie.
Wilmerdorf-Halensee: Paul Schuberl, Wilhelmsdane 26, Hof parterie.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 245/1.

Schuhputz
SERVUS
das Beste

Überall zu haben in Dosen à 10 and 20 Pfg.
Fabrik: Lebzynski & Co., Berlin NO.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres Sohnes
Paul Bothe
sagen wir allen Beteiligten sowie seinen Kollegen und Bekannten in den Deutschen Ales-Becken Arbeit, Preßluft, dem Personal der Intern. Preßluft u. Elektr. G. m. H. B., dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Gesangverein „Frei und Froh“ unseren innigsten Dank.
Die trauernden Eltern und Geschwister nebst Frau.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Wer-Stoff-hat!!
Herzige Herrenanzug oder Paletot von 20 RM. an, feinste Zutaten auf Hochhaar, zwei Knöpfe, für guten Sitz bequem gold. Medaille. Bitte zum Wahrgenommen um Ihren Besuch, da keine Vertretung. Ein Versuch führt zu dauernd. Kundenschaft.
Ludwig Engel, Prenzlaue
Str. 23, II, Alexanderplatz. Begr. 1892.
Siehe auch Anzeigebuch I Teil, 1910, Seite 552, unter E. 74/19
Tuchreste zu Anzügen.
Paletots und Hosen (potibillig) neueste Muster!
Swimmlinder Gesellschaftshaus.
Swimmlinder Str. 42.
Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften zur gefälligen Kenntnis, daß ich meinen großen Saal mit Bühne (500 Personen) auch Sonntags besetze und bitte um gütigen Zutritt.
Liddy Reinhardt Ww.
Berantwortlicher Redakteur **Richard Barth, Berlin.** Für den Inseratenteil verantw.: **H. Viock, Berlin.** Druck u. Verlag: **Vorwärts**

Der schönste Ausflug nach Zernsdorf!
Vereinen, Gesellschaften und Dampferpartien empfiehlt sich
Knorr's Restaurant in Zernsdorf bei Neue Mühle, Sgs. - Wusterhausen.
Prächtige Lokalitäten mit schönem wunderbaren Garten; entzückende Lage am See. Jeder Besuch befriedigt. Nähere Preise. 27745

Ungewitter's Kautabak
Trebchen (Kr. Züllichau) Lungenschilf für den Mittelstand. Gelung der Tuberkulose ohne Tuberkulin. Genügend preis. einz. 10 Stk. 5 M. täglich.
Dr. Diesing, leitender Arzt.
Parzelle M. 1100, Aug. 100 M. a. verp. Kolonie Dabem Biedorf, Marzahn Str. 5, part. Tel. 29. 676.
Hygienische Bedarfsartikel. Neueste Katalog. E. Emptel, Viel. Aerole u. Prof. grat. u. H. Unger, Gumbahnenstraße 10/11, Berlin NW. Friedrichstraße 91/92

Partei-Angelegenheiten.

Treptow-Baumfahnenweg. Heute Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Speer, Baumfahnenweg 78, eine öffentliche Versammlung statt.

Stralau. Am Sonntag, den 3. Juli, vormittags 9 Uhr, findet im Lokal von Steinicke, Alt-Stralau 5, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Kallberge-Nüderdorf. Am Sonntag, den 3. Juli, findet im Gasthaus zur Linde (Inhaber Rich. Noll), Heimstr. 10, das Sommerfest des Bezirks, bestehend aus Gartenkonzert und Vorträgen, statt.

Reinickendorf-Df. Wegen die vom Landrat geforderte Erhöhung des Kommunalzuschlages um 25 Proz. auf 125 Proz. findet heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Schäfershaus“, Residenzstraße 1/2, eine Protestversammlung der Reinickendorfer Steuerzahler statt.

Berliner Nachrichten.

Die Rehrseite der Ferien.

Wir befinden uns jetzt wieder in einer Jahreszeit, die auch dem Unbefangenen die ungerechte Verteilung der Güter mit schneidender Schärfe vor Augen führt.

Da sind die Dienstmädchen, Aufwärterinnen, Reinmachersfrauen und Waschfrauen, deren Leistungen man während der Dauer der Reise „sparen“ kann, und die inzwischen sehen müssen, wie sie ihr Leben fristen.

Aber nicht nur das Hauspersonal wird von der Reiselust der zahlungsfähigen Kreise empfindlich getroffen, auch viele Gewerbebetriebe bekommen dadurch ihre stille Zeit, die mit möglicher Einschränkung des Personals ausgeglichen wird.

Eröffnung der Ausstellung für Luftschiffahrt im Reichs-Postmuseum. Eine ständige Ausstellung für Luftschiffahrt im Reichs-Postmuseum zu errichten — diesen Entschluß der Postverwaltung waren wir im November vorigen Jahres mitzuteilen in der Lage.

Der neuen Sammlung ist der vornehmste Platz des großen Gebäudes angewiesen, der hohe Ehrenhof in der Mitte des Hauses, in dem bisher nur das Standbild Heinrich von Stephan, des ersten deutschen Generalpostmeisters, aufgestellt war.

Zeit man von der Straße in den Hofhof, so fällt links zunächst ein 7 Meter langes Modell des Z III in einem 7 1/2 Meter langen Glasbehälter in die Augen.

Wie bei den Motorballons, so sind auch bei den Flugmaschinen nur bewährte Ausführungen durch Modelle zur Darstellung gebracht.

Otto Lilienthal, wie er in seinem Gleitsieger, einem Doppeldecker, auf seinem Abflughügel zum Flug bereit steht.

Das ausgestellte Modell von Hans Grades Eindecker ist das erste seiner Art. Man findet es auch nicht im Zeughaus.

Außer diesen Modellen findet man noch eine reiche und interessante Sammlung von bildlichen Darstellungen und Urkunden aus der Geschichte der Luftschiffahrt.

Die reiche und wirkungsvolle Sammlung wird das allgemeinste Interesse finden. Sie soll natürlich mit den Fortschritten der Technik ergänzt und erweitert werden.

Umleitung von Straßenbahnen. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Pflaster- und Gleisarbeiten in der Stralauer und Reuen Friedrichstraße vom 30. Juni an etwa 4 bis 6 Wochen umzulenken.

Angemessene Sühne?

Wenn ein Pädagoge prügelt, so war ihm nach Lage der Sache — meint er — nur dieses letzte Mittel übriggeblieben.

In manchen Gemeindefschulen Berlins werden in der Tat Verpätungen mit Prügel bestraft. Es gibt Rektoren, die es für ihre pflichtgemäße Aufgabe halten, selber vor Beginn der ersten Unterrichtsstunde auf Verpätete zu fahnden.

Zu denen, die diese Ueberzeugung haben, gehört der Rektor Treichel, Leiter der 295. Knaben-Gemeindefschule (Lütticher Straße). Letzthin hat er Schüler seiner Schule sehr nachdrücklich darüber belehrt, daß er gegen Verpätungen energisch einschreitet.

Möge es ihr gelingen, die Ueberzeugung des Rektors Treichel zu forcieren. Welche Steigerung im Gebrauch des „letzten Mittels“ ist denn noch möglich, wenn schon für Verpätung so gestraft werden soll?

Zwei schwere Baunfälle haben sich im Norden der Stadt ereignet. Auf dem Grundstück Rabenstr. 8 werden gegenwärtig Bauarbeiten vorgenommen, zu welchem Zweck um das Gebäude herum ein Gerüst errichtet ist.

Der zweite Unfall trug sich gestern nachmittags in der Jfflandstraße zu. Auf einem dortigen Neubau, der bis zur dritten Etage gediehen war, arbeitete auch der 42-jährige Maurer Puhmann aus der Driesener Straße 18.

beiden Kollegen mit und das schwere Eisenstück fiel ihm auf den rechten Fuß, der total zerquetscht wurde.

Infolge eines Fehltritts fährte der 25 Jahre alte Arbeiter Konrad Kosalk aus dem dritten Stock des vor dem Hause Sellenstraße 3 errichteten Leitergerüsts in den Vorgarten hinab, wo er auf dort stehende leere Bierkästen aufschlug.

Das Birchow-Denkmal auf dem Karlsplatz ist gestrichelt worden. Das Denkmal ist von dem Bildhauer Rümch hergestellt und hat infolge Eingreifens des Kaisers manche Retamorphose durchgemacht.

Warnung vor Straßporto. Ansichtskarten enthalten bellamlich auf der Vorderseite eine fenkrechte Linie, die eine Abgrenzung des Raumes darstellt.

Diebe auf den Friedhöfen. Von großer Frechheit zeugt das verbrecherische Treiben von Diebespezialisten, die gegenwärtig die Begräbnisplätze unsicher machen.

Ein Uhren- und Ringwepfer der gefährlichsten Art treibt zurzeit sein Unwesen. Der Gauner sucht sich seine Opfer unter den Soldaten und vorwiegend macht er sich an Offiziersbesuchen heran.

Großes Heil ist dem Wirtinhaber der Warenhausfirma A. Jandorf u. Co. Herrn Adolf Jandorf widerfahren.

Platz dem Militär! Ein Leser schreibt uns: „Am Dienstagabend gegen 7 Uhr machten vier Herren, ich mit meiner Frau und drei Kindern, einen Spaziergang am Spandauer Schiffahrtskanal.“

Aus dem Neuen See gelandet wurde gestern morgen die Leiche eines jungen Mädchens, das den Eindruck einer Verkäuferin macht.

Ein Betsirkus Cyril Hallé hat sich im Südosten der Stadt, in der in Nordost gelegenen Pfäfersstraße aufgelöst und am Dienstag seine erste Vorstellung gegeben.

Eine goldene Damenuhr mit silberner Kette ist am Dienstag, den 29. Juni, von der Saliger Straße bis Schlesischen Bahnhof verloren worden.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ferienspiele für Kinder. Der Jugendausschuß der Arbeiterschaft Rixdorfs veranstaltet während der Schulferien für unsere Jungen und Mädchen wochentäglich nachmittags 3 bis 6 Uhr Spiele im Freien.

„Reinigungs“ kennlich. Die Vorklärung ist mit keinerlei Kosten verbunden. Um den Genuss von Wasser möglichst zu vermeiden, ersucht der Jugend-Ausschuss die Eltern, den Kindern Kaffee, Milch oder Ähnliches mitzugeben; ebenso dürfte etwas Mundvorrat am Plage sein. Es soll strikte darauf gesehen werden, daß die Kinder um 6 1/2 Uhr wieder an den Sammelorten eintreffen.

Diese dankenswerte erfreuliche Veranstaltung des Jugend-Ausschusses für unsere Schuljugend ist durchaus zu begrüßen. Wir raten deshalb den Genossen und Genossinnen, die Kinder den geplanten fröhlichen und der Gesundheit förderlichen Spielen zuzuführen.

Treptow-Baumfällentweg.

Ein geheimnisvoller Mordmord beschäftigt die hiesige Polizeibehörde. Auf einem Grundstück an der Baumfällentstraße wurde vorgestern ein Paket gefunden, das die Leiche eines Knaben enthielt. Am Hals des toten Kindes wurden mehrere Verletzungen, die zweifellos mit einem Messer beigebracht worden sind, entdeckt. Mehrere Soldaten des Pionierbataillons hatten kurz vor der Aufindung der Leiche beobachtet, wie ein mit zwei Segeln versehenes Segelboot dicht an der Fundstelle vor Anker gelegen hatte. Beim Abfahren des Fahrzeuges kam am Steuer ein Paket zum Vorschein und wurde schnell ans Land geworfen. Es war aber zu kurz geworden worden und fiel noch ins Wasser. Bald darauf wurde es gelandet und die Leiche darin vorgefunden. Die Polizei sucht nun aufzuklären, in welchem Zusammenhang das Segelboot mit dem Mordmord steht. Das Segelboot hatte blauen Anstrich und an vielen Stellen Leinwandbeschriftung.

Steglich.

Die Liebesstragdie, bei der, wie wir berichteten, der Chauffeur Richter auf die 16 jährige Trägerin schoß und sich selbst verletzte, hat jetzt ein Opfer gefordert. Das junge Mädchen ist gestern früh, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben, im Krankenhaus gestorben.

Steglich-Friedenan.

Nach einem dem Gewerkschaftsleiter zugegangenen Schreiben des Amtsvorstehers von Friedenan erhalten jetzt die Arbeiter am Bau der höheren Mädchenschule den tarifmäßigen Lohn. Danach hatte die feinerzeit eingereichte Beschwerde ihre volle Schuldigkeit getan. Den waderen Innungsbrüdern der löblichen Schneiderzunft zu Steglich hat ein laubdrücker Mias graviam die Bude verhaßelt. Spindler, Schönert, Weichenfeld, Vogt, Böse und noch ein Paar Miniaturharmacher führen bekanntlich immer noch einen gewaltigen Krieg mit der Weichenorganisation. Dem „Vorwärts“ und der „Vollzeitung“ wurde laut richterlichem Urteil unterlagt, ihren Lesern die Tatsache bekannt zu machen, daß obgenannte Herren den Tarif nicht anerkennen und minderwertige Löhne zahlen. Damit gab sich aber der Latendrang unserer Ritter von Schere und Nadel durch noch nicht zufrieden. Ihr Nachdruck soll erst noch durch verschiedene Privatklagen gestiftet werden. Nun kostet aber das Mägen wie das Kriegsführen nach Rommocoali Geld. Woher nehmen und nicht stehlen? Ha — die Jungmutter! Schon standen die Helden an der heiligen Truhe, den Schatz zu heben, da verbot der Landrat die Verwendung von Jungmuttergeldern zu Privatzielen. Wie verlannt, soll das zum Feuerwerk nötige Pulver durch Umlagerungsverfahren von den Gefellen beschäftigten Bundesbrüdern eingetrieben werden. Gut Jovin! — Bezüglich des Anschlusses an die Gewerkschaftskommission soll die Meinung unter den Mitgliedern der dem Statut zugehörigen Organisationen eingeholt werden. — Die Protestversammlung gegen die neue Reichsversicherungsreform findet am 6. Juli statt. — Es fehlen die Vertreter der Schafmacher und der Raschmisten und Heizer.

Bris.

Nach dem Gemeindevertragsbericht. Der Kassenvertragsbericht vom 31. Mai wies bei einer Einnahme von 942 263,82 M. und einer Ausgabe von 792 682,44 M. einen Bestand von 149 581,38 M. auf. — Das Gemeindegeldstück an der Triftstraße südlich vom Kirchhof wird auf 5 Jahre zum Preise von jährlich 55 M. und das von Nixdorf erworbene Gelände am Teltower Kanal zwischen Chauffee und Kungiusstraße auf ein Jahr zum Preise von 600 M. verpachtet. — Die Große Berliner Straßenbahn hat die Absicht, zur Verbindung des neuen Straßenbahn-Depots mit dem Gleise der Südlichen Berliner Vorkorbahn einen Schienenstrang durch die Wilhelm- und Gerabestraße zu legen. Die schlechte Lage der Wilhelmstraße bedingt es, daß im Interesse des Verkehrs das Gleise auf eine Seite gelegt wird. Es soll von der Direktion gefordert werden, daß in Ergänzung des § 6 des Kontrastes die Kosten für die Herstellung des Dampfpflasters in der Gerabestraße in Frontlinie des Depots sicher zu stellen sind. Die Gesellschaft hat zur Unterhaltung des Pflasters der Straßen innerhalb des Dries, in denen Schienenstränge der Wasserbahn liegen, einheitlich für im Gleise laufendes Meter jährlich 70 Pf. pro laufendes Meter zu zahlen. Mit Einführung des Winterplanes sollen die Wagen der Linie 47, während der Dauer des Betriebes abwechselnd je einer bis zur Jagdstraße und der andere bis zum Buschhof, die Wagen der Linie 29 bis 12 Uhr nachts nach der Triftstraße fahren. Der Bürger- sowie der Grundbesitzer-Verein des Dries haben angezigt, in Anbetracht der Verdienste, die sich der verstorbenen Landrat des Kreises um den Ort erworben hat, die Ring-Chauffee in Studenten- und Gerabestraße abzuändern. Nach längerer Debatte wurde gegen die Stimmen unserer Genossen demgemäß beschloffen. Ein Antrag des Vorsitzenden, die bisherige Neu-Weiger-Straße in Franz Köner-Straße umtauschen zu wollen, wurde einstimmig angenommen. Zum kürzesten und schnellsten Verleite von Nixdorf nach Bris wurde einstimmig beschloffen, die Altpflasterung der Verbindungsstraße zwischen Werder- und Bruno Bauerstraße sofort in Angriff zu nehmen. Aus Anlaß des Festes zum 25-jährigen Bestehen der freiwilligen Feuerwehr wurde die Gemeindegeldentrichtung erlucht, 1000 M. zu bewilligen. Genosse Kizing bemerkte hierzu, daß er sowie seine Parteigenossen der Meinung seien, daß zu Heilichkeiten aus öffentlichen Mitteln keine Gelder bewilligt werden sollen. Da man aber andererseits dem uneigennütigen Werten der Feuerwehr die Anerkennung nicht versagen könne, schlage er vor, am Geburtstag der Wehr zur Beschaffung eines Autolöschzeuges eine Rate von 3000 M. zu übergeben, die später wiederholt werden kann, bis die nötige Summe dazu erreicht ist. Der Vorsitzende betont hierzu, daß für die Schnelligkeit der Wehr nach Wahgabe der Entwidlung des Dries ohne weiteres Sorge getragen wird. Das Gesuch wurde, nachdem dasselbe durch Herrn Nidert begründet worden war, gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. In geheimer Sitzung behandelte die Vertretung noch Grundstücksfragen.

Wilmersdorf.

Die städtischen Rechtsauskunftstellen gehören vielfach zu den Einrichtungen, die nicht leben und nicht sterben können. Sie verdanken ihre Existenz dem Streben, es den Arbeiterskretariaten gleich zu tun, wobei vielfach offen oder verdeckt der Wunsch maßgebend ist, die auskunftsberechtigten Personen dem Einflusse der Sozialdemokratie zu entziehen. Da nun aber die Arbeiterschaft den von ihr geschaffenen Einrichtungen mehr Vertrauen schenkt, als den in solcher Absicht eingerichteten Konkurrenzunternehmen, so fristen diese im Gegenzug zu den Arbeiterskretariaten zumeist ein kümmerliches Dasein. Diese Beobachtung kann man auch an der städtischen Rechtsauskunftsstelle in Wilmersdorf machen, die seit dem 1. Dezember 1908 im Rathaus funktioniert. Sie ist geöffnet Dienstags, nachmittags von 5 bis 7 Uhr; die Auskunft wurde im Anfang durch informatorisch beschaffte Gerichtsassessoren erteilt, während neuerdings ein besoldeter juristischer Magistratsbeisitzer mit Hilfe eines Bureauassistenten bei seinem Amte waltet. In den ersten zwölf Monaten erhielten im Wilmersdorfer Rathaus 302 Personen 490 Auskünfte; mithin mittel auf jeden Tag ein Besuch von nicht ganz sechs Personen. Nun ist aber bezeichnend, daß das städtische Institut von der Bevölkerungsdichte, für die es allem Anschein nach geschaffen wurde, nur unerheblich benutzt worden ist. Unter den auskunftsuchenden waren 17,55 Proz. gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen,

Gefellen und Lehrlinge, 30,13 Proz. andere Arbeitnehmer und Beamte und 3,84 Proz. Dienstboten, hingegen 48,68 Proz. selbständige Personen. Außer der kleinen Zahl gewerblicher Arbeiter fällt besonders die sehr geringe Zahl der auskunftsuchenden Dienstboten auf, vor allem, wenn man erfährt, daß das weibliche Geschlecht unter den Besuchern mit 52,32 Proz., das männliche hingegen nur mit 47,68 Proz. vertreten war. Auch die Art der erbetenen Auskünfte gibt Kunde davon, daß die Arbeiterschaft die städtische Einrichtung nur in geringem Maße in Anspruch nahm. Auf die Arbeiterversicherung entfielen nur 8,87 Proz. Auskünfte, auf den Arbeits- und Lehrvertrag 3,40 Proz. und auf andere Angelegenheiten der Gewerbeordnung gar nur 0,46 Proz. Hingegen kamen auf Miets- und Wohnungssachen 17,21 Proz., auf Forderungen ebenfalls 17,21 Proz., auf Familien- und Erbverträge 16,4 Proz., auf Zivilprozess und Mahnverfahren 12,79 Proz., auf Strafsachen 8,84 Proz. der Auskunfterteilungen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Arbeiterschaft, wie dies ja auch erst gelegentlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag zur Sprache gekommen ist, in ihren Angelegenheiten den Arbeiterskretären mehr Vertrauen und Rechtskenntnis beimißt als den Juristen, und daß hingegen die städtischen Auskunftsstellen zu Einrichtungen werden, in denen der Mittelstand, wenn nicht gar die besitzenden Schichten der Bevölkerung, sich unentgeltlich Rat holen. Diese Erscheinung verdient besonders für den Fall Beachtung, daß bürgerliche Kommunalpolitiker die städtische Auskunftsstelle als Einrichtung zur Fürsorge für die arbeitenden Bevölkerungsschichten preisen sollten.

Ober-Schöneweide.

Mit Gas vergiftet hat sich das 19 Jahre alte Dienstmädchen Martha S., das bei dem Gastwirt W. in der Siemensstraße seit zwei Monaten in Stellung war. Das Mädchen zeigte, ohne sich über die Ursache auszulassen, ein niedergeschlagenes Wesen und kündigte den Dienst zum 1. Juli. Gestern nachmittag öffnete es die Pöhne der Kochmaschine, um sich mit Gas zu vergiften. Als man es auf dem Fußboden liegend fand, lebte es noch. Man brachte es nach Berlin in die Charité, wo es noch bedenklich darniederliegt.

Weihensee.

Ein eigenes Genußheim beabsichtigt der Vorstand der hiesigen Ortskrankenkasse für die Mitglieder zu errichten. Ein 10 Morgen großes Grundstück in Groß-Westen bei Königs-Wusterhausen ist für den Preis von 35 000 M. bereits angekauft. Das Grundstück ist mit Aedel- und Laubwald versehen und liegt mit einer Front von 100 Metern an den 200 Morgen großen See der Hofkammer. Als Anzahlung sind 10 000 M. aus dem Betriebsfonds der Kasse entnommen. Die Baukosten inkl. Einrichtung sollen 90 000 M. betragen. Die Landesversicherungsanstalt wird wahrscheinlich die erste Hypothek im Betrage von 60 000 M. übernehmen. Die Zeichnungen des Baues liegen bereits vor; danach sollen 32 Refonvaleszenten Aufnahme finden, außerdem bleibt noch genügend Raum für das Wartepersonal, für Bad, zwei Tagesräume und sonstiges Zubehör. Soweit der Raum es gestattet, ist der Vorstand gewillt, das Heim auch fremden Klassen für den Tageslohn von 3 M. zur Verfügung zu stellen.

Herzfelde.

Die Generalversammlung des Wahlvereins wählte zum Leiter des Bezirks wiederum den Genossen Friedrich Wislang, Kassierer ist wie bisher Genosse Otto Reumann, zum Schriftführer wurde Genosse Albert Schulz gewählt.

Jugendveranstaltungen.

Borghagen - Nummelsburg, Stralau. Der Jugendausschuss veranstaltet am Sonntag, den 3. Juli, einen Spielnachmittag im Freien. Treffpunkt 2 Uhr im Jugendheim, Alt-Borghagen 55 I. Die Jugendlichen aus vordemaligen Orten werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Auch die Beteiligung Erwachsener an diesen Spielen ist erwünscht. Des weiteren richtet der Jugendausschuss an die Genossen und Arbeiter von Borghagen-Nummelsburg, welche Kinder im Alter von 14-18 Jahren haben, das Erziehen, dieselben auf das von der organisierten Arbeiterschaft errichtete Jugendheim hinzuweisen. Den Jugendlichen steht kostenlos außer einer reichhaltigen Jutungsbeilage eine eigene für Jugendliche eingerichtete Bibliothek (sowie Gesellschaftsspiele (Schach usw.) zur Verfügung. — In den Sommermonaten finden jeden Abend bei genügender Beteiligung mit dem zu diesem Zweck angeschafften Musikspiel im benachbarten Treptower Park unter sachgemäßer Leitung statt. Abmarsch 7 1/2 Uhr abends vom Jugendheim. — In den Wintermonaten werden bildende Veranstaltungen getroffen.

Weihensee. Am Sonntag, den 3. Juli, veranstaltet die hiesige Freie Jugendorganisation unter sachmännlicher Leitung eine Spielpartie nach Heiligensee. Treffpunkt morgens 6 1/2 Uhr Langsandstraße, Ecke Friedrichstraße. Abmarsch 40 M. Die Arbeiterschaft wird gebeten, ihre erwachsenen Söhne und Töchter recht zahlreich beteiligen zu lassen.

Verfammlungen.

„Freie Volksbühne“ und Luftbarkeitssteuer.

Ueber die Stellungnahme der „Freien Volksbühne“ zur Luftbarkeitssteuer des Magistrats berichteten wir bereits in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“. Wir tragen zunächst noch die Briefe nach, welche außer der neulich veröffentlichten gutachtlichen Erklärung dem Vorstande der „Freien Volksbühne“ von hervorragenden Schriftstellern zugegangen sind. Die am Dienstag abgehaltene Generalversammlung des Vereins nahm mit großer Begehung Kenntnis von der Stellungnahme des Vereins in der Frage der Luftbarkeitssteuer und von diesen Briefen:

„Wir scheinen die „Freie Volksbühne“ mehr für Kultur im höchsten Sinne geleistet zu haben, als alle anderen deutschen Bühnen zusammen, und sie bedroht zu sehen, bedeutet mir eine Gefahr, die wir mit allen Kräften abzuwehren trachten müssen. Hermann Bahr, Wien.“

„Ein tapferes und großartiges Bildungsunternehmen ist die „Freie Volksbühne“. Ein Liberalismus, der sie besteuert, zeugt sein Abscheu deutlich. Alfred Kerr, Berlin.“

„Ich halte die „Freie Volksbühne“ zurzeit für das einzige sozial fruchtbare, kulturell hoffnungsvolle Element unseres ganzen Theaterbetriebes, ich halte deshalb jede sie bedrohende Maßregel für ein Verbrechen an unserer Zukunft.“ Julius Bab, Brunwald.“

„In Oesterreich würde ein Versuch, die Tätigkeit der „Freien Volksbühne“ durch Steuern zu inabeln, nicht gemacht werden, weil sich alle Parteien schämen würden, dazu ihre Dillie zu leihen; übrigens auch deshalb, weil die österreichische Regierung die Kulturmission erkannt hat. Die Wiener „Freie Volksbühne“ hat ihre staatl. Unterstützung (die nun schon im dritten Jahre — prozentual zur Mitgliedersteigerung — erhöht wird) über Anregung eines bürgerlichen Budgetreferenten, des Abg. Dr. Kramer, erhalten, und in dem Detekt, das uns die Subvention zuspricht, wird die Bedeutung unserer Aufgabe vollaus anerkannt. Obwohl ja, weil wir uns als das Theater der organisierten Arbeiter offen deklarierten. Wir Oesterreicher können nicht glauben, daß der Berliner Magistrat nicht soviel Einsicht haben sollte wie das österreichische Unterrichtsministerium. — Uebrigens ist in aller Welt, dank der internationalen Theaterreise, gerade jetzt der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für eine solche Kultursteuer; die Lage der Theater ist durch das Ueberhandnehmen des kulturwidrigen Tinseltangels und der Kintheater überall miserabel. Darum kann dieses Attentat nicht ausgeführt werden. Stefan Großmann, Wien.“

„Die Tätigkeit einer Organisation wie die „Freie Volksbühne“ halte ich für ebenso nützlich und notwendig in unserer Zeit, wie etwa die nächtliche Beleuchtung unserer Straßen. Die kostbaren Schätze der Kunst und Literatur erhalten ihren Wert erst dadurch, daß sie der Menschheit — und zwar nicht nur

wenigen Wohlhabenden — zugänglich gemacht werden. Da der Staat und die Gemeinden vorläufig auf diesem Gebiete noch völlig versagen, so müssen auf diesem Wege, dem der „Freien Volksbühne“, gewissermaßen Leitungsrohre geschaffen werden, die auch die breiten Massen des Volkes mit den Schätzen der von Dichtern und Künstlern aufgespeicherter Kultur speisen. — Berlin läßt sich gern den schmeichelhaften Titel „Spreetreiben“ gefallen. Aber eine unüberbrückbare Kluft trennt seine Behörden von den Anschauungen der Athener. In jenem geistigen Mittelpunkt der hellenischen Welt wurde bekanntlich durch das Theorikon, ein vom Staate gegebenes Theatergeld, auch dem ärmeren Bürger der Zutritt zu den Theateraufführungen eröffnet, ja, es galt als erste Pflicht, der dramatischen Poesie einen Teil seiner Zeit zu widmen. — Bei uns wird dem Kermeren ohnehin der Weg zu Kunst und Literatur durch hohe Kosten erschwert (z. B. an den Hofbühnen; Staatsbühnen haben wir überhaupt noch nicht!). Aber nicht genug mit diesem völligen Versagen von Staat und Gemeinde auf dem so wichtigen Gebiet der Volksbildung — nein; jetzt kommt auch noch der Berliner Magistrat und legt eine Pön auf diese Kulturpflicht. Wie? Du Arbeiter bist so vernünftig, Beethovens und Mozarts hören zu wollen? Du gehst in Deiner übertriebenen Genussucht so weit, Shakespeare, Schiller, Goethe, Heibel und Ibsen kennen zu lernen? Diese schönen Lüste wollen wir Dir verkürzen — die Luftbarkeitssteuer soll Dich lehren, wie man in Spreetreiben die Kulturaufgabe der Kunst einschätzt. — Es würde zur Erweiterung des ästhetischen Horizonts bei den Behörden Spreetreiben erheblich beitragen, wenn sie das Land der Griechen — etwa im Zeitalter des Perikles — einmal mit der Seele suchen wollten. Dies Zurückgehen um 2300 Jahre würde für sie einen Fortschritt bedeuten! Karl Stedter, Berlin.“

Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung erstatteten der Vorsitzende und der Geschäftsführer den Jahresbericht, der die Zeit vom Juli 1909 bis Juni 1910 umfaßt. Der Verein vermehrte 2000 Personen, auf eine Gesamtzahl von etwa 17 500. Die Abschüsse für den nächsten Winter rechnen diesmal mit keiner neuen Erweiterung. Einweilen heißt es, den gewonnenen Bestand erhalten und Lücken in den letzten Abteilungen auszufüllen. Im neuen Spielmeister sind 180 ordentliche Vereinsvorsitzungen gepachtet worden. Außerdem sind wiederum Extravorkstellungen im Vestingtheater vorgesehen. Die Aufführungen der Abendabteilungen finden im bisherigen Umfang im Neuen Schauspielhaus statt. An Aufführungen für das nächste Jahr sind geplant: „Meer untere Kraft“ von Björnson; „Agnes Bernauer“ von Heibel; „Die Welt, in der man sich langweilt“ von Waller. Für das Vestingtheater sind geplant: Hermann Wahrs „Konzert“; Hartlebens „Rosenmontag“ und Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“. Im Thalia-Theater wird unter anderem „Kampf“, ein Schauspiel aus den englischen Gewerkschaftskämpfen, gegeben werden; außerdem eine Operette von Offenbach usw. — Die Gesamteinnahme betrug im verwichenen Jahre 184 821,25 M., die Gesamtausgabe 178 241,04 M. Am 30. Juni war ein Bestand von 6880,21 M. vorhanden. — Vorstand und Geschäftsführer wurden ernannt. In den Vorstand gewählt wurden wieder: Dr. C. Schmidt, 1. Vorsitzender; Kurt Laake, 2. Vorsitzender; Sassenbach, 1. Schriftführer; Kalliski, 2. Schriftführer; Winler, Geschäftsführer. Der Ausschuss setzt sich wieder zusammen aus Frau Julie Jabel und den Herren Dr. J. Bloch, Stampfer, Dr. Skilowski, Dr. Lindheimer, R. Schmidt und Will Bach. — In Revisoren wurden gewählt H. König, Gutschmidt und G. Jonas. — Die Ordnerabteilung sind auch wieder die bisherigen, mit Ausnahme von Karl (8. Abteilung), an dessen Stelle Karpe tritt.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Die Verwaltungsstelle Berlin nahm in zwei Versammlungen den Bericht von der Generalversammlung in Hamburg entgegen. Schwittau und Kuhn erstateten als Delegierte Bericht.

Die Diskussionsredner übten an manchen Punkten scharfe Kritik, so an der Art der Gehalts- und Speiseverteilung. Eine heftige Debatte löste die Frage des Bestätigungsrechtes des Hauptvorstandes gegenüber den Lokalbeamten aus. Es wurde gefaßt, dieser Paragraf sei hauptsächlich auf Berlin gemünzt. Es brauche nur ein vorgeschlagener Kollege dem Hauptvorstande nicht angenehm zu sein, dann könne derselbe auf seine Bestätigung warten wie weiland Kirchner.

In die Parteischnle mühten auch Kollegen geschickt werden; sie werde jedoch hinter die Gewerkschaftsschule zurückgesetzt. Einzelne Redner sprachen die Zurechtweisung aus, daß der Bestätigungsparagraf seitens des Hauptvorstandes nicht mißbraucht, sondern loyal gehandhabt werde. Einige waren sich alle Redner darin, daß der ewige Streit zwischen der Zählstelle Berlin und dem Hauptvorstande aufhören müsse. Ein Redner forderte, daß in Zukunft zu den Generalversammlungen weniger Beamte und mehr Kollegen aus der Reihe geschickt werden sollen.

Zentralverband der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Eich Effen, Verwaltungsstelle Berlin, Bezirk VII. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung bei Bölling, Prenzlauer Str. 29. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Vom „Kampf“, der Monatschrift der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, erschien heute Heft 10 (Juli). Es hat folgenden Inhalt: Otto Bauer: Der Weg zum Frieden. — Adolf Braun: Keltische und neuere Sozialistenbekämpfung. — Emma Freundlich: Koch eine Lüge. — Karl Renner: Politische und ökonomische Solidarität. — Paul Dirich: Die Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter in Preußen. — Obon Vorz: Die italienischen Glasarbeiter und die Krise in der Glasindustrie. — Ambros Hruscha: Die Transportarbeiter und die Organisation. — J. J. Klermit (Wien): Gewerkschaftlicher Anarchismus in Holland. — Franz Schramm: Die Revolution der Kunst und die Bildhauer. — Robert Preusler: Erinnerungen aus der Arbeiterbewegung. — Julie Komma: Martin Eden. — Bacherichau: Deutsche Parteiliteratur. Literarische Parteiliteratur.

Jacques (Abtoge an). Enthaltungen über den Aler West-Prozess von S. Jacobsohn. 64 Seiten. — Selbstverlag, Hamburg, Schäferkampallee 43.

Am eigenen Hause nicht teurer als in einer Mietwohnung. Von A. Hür. 1 M. — Selbstverlag, Verlagsgesellschaft, Wiesbaden.

Görner trägt der Legendo. Roman von K. v. Veisla. E. Fleischel u. Co. Berlin W. 4 M.

Die Erlösungsgrundlagen der Mittelbetriebe in der Berliner Maschinenindustrie. Von Dr. rer. pol. S. Riehd. 75 Pf. Metallarbeiterverband, Berlin NW. 6.

Künftlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Marktfrage: Fleisch; Futubr (Schmalz, Geflügel) sehr still, Preise unverändert. Milch: Futubr genügend, Milch reger, Preise gut. Geflügel: Futubr genügend, Geflügel (Schleppend, Preise wenig verändert. Fische: Futubr mäßig, Geflügel ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geflügel ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futubr meist über Bedarf, Geflügel schleppend, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 29. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Celsius)	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Celsius)
Stettin	753	SW	4 mäßig	16	Opocznica	752	SW	2 heftig	13
Danzig	752	SW	6 bedeckt	14	Petersburg	757	SW	1 heftig	16
Berlin	755	SW	3 bedeckt	15	Scilly	756	SW	5 mäßig	13
Frankfurt a. M.	757	SW	4 regnet	15	Worms	747	SW	3 heftig	11
München	761	SW	4 bedeckt	18	Paris	760	SW	3 bedeckt	16
Wien	762	SW	1 bedeckt	17					

Wetterprognose für Donnerstag, den 30. Juni 1910. Zunächst kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit einzelnen Regenschauern und frühen westlichen Winden, später wieder etwas wärmer. Berliner Wetterbureau.

